Kamener Zeitung

Erscheint an jedem Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Insertions-Gebühr für die Zeile oder deren Raum 10 Pfennig, die Reklamezeile oder deren Raum 35 Pfennig.

Volksfreund für Kamen und Umgegend

Expedition von J. Brombach in Kamen

Bezugspreis mit der Unterhaltungsbeilage „Fürs Heim" monatlich 40 Pfennig. Bei Bezug durch die Post vierteljährlich 1 Mark 25 Pfennig.

Unterhaltungsbeilage „Fürs Heim" dreimal wöchentlich. — Freiwillige Unfall-Unterstützung.

Nr. 21. **Donnerstag, den 17. Februar 1910.** **38. Jahrgang.**

Erstes Blatt.

Weststraße 54a

befindet sich jetzt

die Geschäftsstelle der

Kamener Zeitung

Volksfreund für Kamen u. Umgegend.

Fernsprecher 166.

Eine Anzeigen-Annahme

der „Kamener Zeitung" befindet sich auch bei Herrn C. Holtmann

Bahnhofstraße 58

Fernspr. 133.

Reichstag.

In der Montagsitzung erfolgte die erste Lesung des Gesetzentwurfes über den

Absatz von Kalisalzen.

Handelsminister Sydow: Die Industrie selbst ist zu der Ueberzeugung gekommen von der Notwendigkeit eines gesetzgeberischen Eingreifens. Bricht das Syndikat zusammen, so entsteht ein Krieg Aller gegen Alle, die Preise sinken und die schwächeren Werke brechen zusammen. Das Ausland hat schon zwei Kaliwerke angekauft und weitere Ankaufsverhandlungen angeknüpft. Das Ende vom Liede würde sein, daß wir einen Trust der mächtigen Werke bekommen, in dem das Ausland eine starke Rolle spielt. Dem muß begegnet werden. Auch im Interesse unserer Landwirtschaft liegt der Schutz der Kaliindustrie. Der Minister geht dann noch auf die weiteren Details ein, und fährt dann fort: Gelangt die Vorlage zur Annahme, so ist einerseits die Macht der großen Werke eingeengt, andererseits aber sind auch die schwachen Werke nicht mehr so wie bisher in der Lage, eine Pression zur Erlangung größerer Quoten auszuüben. Kommt das Gesetz nicht zustande, entsteht unberechenbarer Schaden für die deutsche Volkswirtschaft, und namentlich auch für die Landwirtschaft. — Abg. Heim (Ztr.): Wir haben hier ein Vorgehen ohne Beispiel: ein Privatmonopol mit Staatshilfe. Hier heißt es zu denken an das: respice finem! Redner übt an verschiedenen Bestimmungen der Vorlage Kritik und vermißt vor allem in den Worten des Ministers eine Aeußerung darüber, wie der Inlandsabnehmer vor allzu großer Beutegier des Syndikats zu sichern ist. In der Kommission wird auf das sorgfältigste zu prüfen sein, ob nicht alle Schwierigkeiten am besten auf dem Wege eines Kaliausfuhrzolls überwunden werden können. — Abg. Gamp (Rp.) ist in ernster Sorge, ob dieses Mittel, statt daß es zu einer Sanierung führt, nicht viel mehr den Zusammenbruch der Kaliindustrie noch beschleunigt. — Abg. Gothein (fr. Vp.): So ein Berggesetz haben wir nicht erwartet. Die ganze jetzige Notlage der Kaliindustrie ist verschuldet durch deren Preispolitik, an der die preußische Bergverwaltung mitschuldig ist, an den viel zu hohen Preisen des Syndikats. Nur diese Preispolitik hat die Ueberproduktion geschaffen. Ein Heilmittel gibt es: den freien Wettbewerb! Der Entwurf liegt weder im Interesse der Landwirtschaft, noch in dem der Industrie, sondern nur in dem der Spekulanten. Darum sind wir prinzipiell dagegen. (Beifall links.) — Minister Sydow weist die Vorwürfe der Vorredner zurück. Herr Gothein bleibt eben bei dem alten manchesterlichen Prinzip des Spiels der freien Kräfte. Die Herren Gamp und Heim haben einen Ausfuhrzoll zur Erwägung gestellt. Gegen Ausfuhrzölle sind aber von jeher schwere Bedenken zu erheben gewesen. Unsere ganze handelspolitische Stellung zum Auslande würden wir mit Ausfuhrzöllen verschlechtert haben. — Oberberghauptmann v. Velsen tritt einigen Angaben des Abg. Gothein über den Verlauf der bewußten Versammlung entgegen und erklärt, nur bedauern zu können, daß sein früherer Ressortchef Herrn Gothein zu seinem Vertrauten gemacht habe. (Beifall rechts.) — Abg. Hausmann (natl.) führt aus, man könne ja in der Tat das Bedenken hegen, ob nicht etwa dieses Vorgehen den Anfang zu einem Vorgehen auch gegen anderweitige Produktionen sei. Von der Beantwortung dieser Frage würden seine Freunde ihre definitive Stellungnahme abhängig machen. — Abg. Rösicke (kons.) weist auf die nationale Gefahr hin, die dadurch entstehe, daß ausländisches Geld von deutschen Kaliwerken Besitz ergreift. Er wendet sich gegen den Abg. Gothein, dem die Landwirtschaft nicht ausgeliefert werden dürfe. — Abg. Hue (Soz.): Das Gesetz ist die Bankerotterklärung der freien Wirtschaftspolitik. Der Kommissionsberatung stimmen wir zu. Wenn wir ein Berggesetz im Interesse der Arbeiter verlangen, dann tut die Regierung nichts; hier, wo es sich um die Interessen der Unternehmer handelt, ist sie zu allem bereit. Wir verlangen billige Kalipreise für das Inland namentlich auch im Interesse der Kleinbauern. — Ober-Berghauptmann v. Velsen: Der preußische Fiskus ist nicht verantwortlich für das Kalisyndikat, er hat dort eine Stimme und damit basta. Unsere Beamten stecken mit der Privatindustrie keineswegs unter einer Decke. — Persönlich weist Abg. Gothein entschieden zurück, als ob er sich eines Vertrauensbruches gegenüber dem verstorbenen Minister Brefeld schuldig gemacht habe.

Nach einer langen Reihe persönlicher Bemerkungen vertagt sich das Haus.

Verdächtigungen.

Deutschland ist es ja zur Genüge gewöhnt, daß seine Absichten verdächtigt werden, und wir haben in dieser Hinsicht schon die tollsten Sachen erlebt. Es ist noch gar nicht so lange her, daß Herr Balfour, als er bei den Wahlen auf Stimmenfang ausging, in einer gehässigen Weise operierte, welche um so unangenehmer wirkte, als sie äußerlich wenig Angriffsflächen bot. Das Geschmackloseste leistete sich dieser Tage ein Mitglied des holländischen Senats, dessen Ausführungen eine um so größere Wirkung innewohnen mußte, als der gute Mann lange Jahre in diplomatischen Diensten gestanden und seine Regierung am Stockholmer Hof vertreten hatte. Es zeugt allerdings von einer Gewissenlosigkeit sondergleichen, wenn der Mynheer van Meeckeren, auch ohne nur den Schatten eines Beweises zu erbringen, diplomatischen Klatsch wiedergibt, der schon längst sogar von amtlicher Stelle mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen worden ist. Ist auch das Motiv, das durch die Ausführungen dieses seltsamen Herrn hindurchklang, ein recht altes — und man möchte sagen — abgebrauchtes, so ist es immerhin charakteristisch, daß dieses Märchen, so oft es auftaucht, niemals ganz seine Wirkung verfehlt, und man darf sich hierüber, im Grunde genommen, auch nicht allzu sehr verwundern. Wissen wir doch, daß das Deutsche Reich sich faßt allerorts der allergrößten Unbeliebtheit erfreut und daß überdies im Ausland über die Zustände in Deutschland wenig Klarheit herrscht. Aus antideutscher Tendenz tut auch die Auslandspresse selten etwas, um in dieser Hinsicht eine Aenderung herbeizuführen, im Gegenteil: sie benutzt die herrschende Unwissenheit, um daraus Kapital zu schlagen und mit den seltsamsten Dingen zu operieren, über die jeder lachen müßte, wer die Verhältnisse in Deutschland genau kennt. Es ist ja begreiflich, wenn man in Holland als der Schwächere die Befürchtung hegt, eines Tages von Deutschland verschluckt werden zu können, indessen hat unsere ganze Politik bisher in keiner Weise eine derartige Absicht zu erkennen gegeben, und man würde sich auch deutscherseits schwer hüten, derartige Pläne zu verfolgen, weil selbst bei ihrem Gelingen es mit der Ruhe für Deutschland auf viele Jahre hinaus vorbei sein dürfte, denn es liegt auf der Hand, daß England und Frankreich es nimmermehr zulassen würden, daß wir die Mündung des Rheines in unsere Hände bekämen. Wenn derartige Märchen immer wieder ausgestreut werden, so verfolgt man damit zweifellos eine bestimmte Tendenz. Man weiß, daß wohl in Holland wie in Belgien zwei Strömungen bestehen, die eine, welche mehr nach Deutschland neigt, die andere, welche alles Heil von Frankreich erwartet. Die deutsch gesinnte Partei ist in beiden Ländern keine sehr große, vor allen Dingen fehlen ihr jedwede politische Motive, man will eine Annäherung lediglich auf wirtschaftlichem Gebiete, und in dieser Hinsicht kann die Bewegung noch Sympathie in Deutschland erwecken. Beide Länder sind auf wirtschaftlichem Gebiete eng aufeinander angewiesen, und die Interessen beider Länder würden nicht schlecht fahren, wenn man diese Beziehungen in einer Reihe von Erleichterungen auf dem Gebiete des Handels und Wandels zum Ausdruck bringen würde. Die Annäherung möchten aber andere Kreise gern hintertreiben, welche Anlehnung an Frankreich suchen wollen, und es gibt bekanntlich auch eine französisch-holländisch-belgische Liga, welche diesen Zweck verfolgt. Diese Richtung hat schon mehrfach Proben abgegeben, daß sie skrupellos arbeitet, und ihr scheint auch jener große Diplomat anzugehören. Seine Ausführungen haben allerdings vom Regierungstische schärfste Desavouierung erfahren, und der edle Mynheer hat dazu in allen Tönen geschwiegen. Ebenso benutzen auch verschiedene Blätter diese Gelegenheit, um ihre Sympathien für Deutschland auszudrücken, immerhin zeigt der Vorgang an sich zur Genüge, wie man vielfach anderwärts über uns denkt, und dies muß uns auch bei allen Maßnahmen unserer Auslandspolitik als bedeutsames Moment vorschweben.

In Ungnade gefallen.

In den diplomatischen und politischen Kreisen Brüssels hat der plötzliche Rücktritt des deutschen Gesandten Grafen von Wallwitz große Sensation hervorgerufen. Seine vor kurzem eingereichte Demission ist in Berlin sofort angenommen worden. Allgemein faßt man in der belgischen Hauptstadt diese schnelle Demissionsannahme als ein Zeichen großer Ungnade auf. Es wird darauf hingewiesen, daß Deutschland augenblicklich bezüglich seiner Kolonialpolitik einen neuen Kurs eingeschlagen habe. Wie erinnerlich sein dürfte, hat Graf Wallwitz seinerzeit die Beziehungen zwischen dem Kongostaat und Deutschland, welche sehr zerfahren waren, wieder in ein freundschaftliches Gleis gebracht. Infolge seiner verwandtschaftlichen Beziehungen zum damaligen Reichskanzler Fürsten Bülow war es ihm gelungen, zwischen den beiden Staaten bald recht freundschaftliche Beziehungen herzustellen. Nach dem Sturze des Fürsten Bülow jedoch änderte sich für ihn die Lage sehr bald, wie aus den Erklärungen hervorging, welche Freiherr v. Schoen anläßlich der Beantwortung der Interpellation im Reichstage, betreffend die Kongoreformen, abgab. Freiherr v. Schoen sagte damals, daß Deutschland die Forderungen und Rechte bezüglich der Kongofrage aufrecht erhalte. Infolge des Todes des Königs Leopold, mit dem der deutsche Gesandte eng befreundet war, wurde die Lage des Gesandten weiter erschwert und erschüttert. Es heißt, daß man in der Wilhelmstraße dem Gesandten vorwarf, daß er sich nicht genügend über die näheren Begleitumstände des Todes des Königs informiert habe. Die Tatsache, daß ein anderer als der Gesandte zum Vertreter Deutschlands in der Kongokonferenz zwischen Deutschland, England und Belgien bezeichnet wurde, war für Graf von Wallwitz ein deutliches Zeichen dafür, daß er in Ungnade verfallen sei. Er sandte sofort sein Entlassungsgesuch ein, welches in Berlin auch umgehend angenommen wurde.

Im Preußischen Landesökonomiekollegium

wurde am Sonnabend zunächst über die Schlachtviehversicherung verhandelt. Es wurde einstimmig eine von dem Referenten Generalsekretär Burchhardt-Berlin vorgelegte Resolution angenommen, der zufolge das Kollegium nach wie vor auf seinem früheren Standpunkt einer Zwangsschlachtviehversicherung mit Staatszuschuß steht, daß es aber mit Rücksicht auf die derzeitige Finanzlage von der Forderung nach staatlichen Maßnahmen absieht und den Landwirtschaftskammern eine andauernde, sehr scharfe Beobachtung des zur Zeit in Uebung befindlichen Schlachtviehversicherungswesens empfiehlt. Hierauf sprach Rittergutsbesitzer Graf Rantzau-Rastorf über die Bildung von Rentengütern. Wie er ausführte, handele es sich um den Schutz des deutschen Bauern in Nordschleswig gegen die Expropiierung durch dänische Ankäufer. Im Kreise Hadersleben seien jetzt im ganzen 57 Rentengüter vorhanden mit 1135 Hektar Fläche und 810 000 Mark Beleihung. Graf Rantzau empfahl folgende Resolution: „An den Herrn Landwirtschaftsminister ist die Bitte zu richten, daß unter Abänderung der bisherigen Vorschriften künftig die Rentengutsbildung in politisch gefährdeten Distrikten, wie im nördlichen Schleswig, nicht von der Neugründung von Rentengütern abhängig zu machen, sondern nach dem Ermessen der Generalkommission auch bei dem Uebergang bereits bestehender Stellen von einer Hand in die andere als zulässig anzusehen ist." Der Landwirtschaftsminister von Arnim nannte den Ankauf von Domänen durch den Staat eine zweischneidige Waffe, da dadurch die Preise ganz außerordentlich in die Höhe getrieben würden und gerade der deutsche Grundbesitz mobil und verkäuflich gemacht werde. Man müsse also andere Mittel anwenden, besonders die Unterstützung der Siedelungsgesellschaft. Zu solchen Maßregeln, wie sie gegen die Polen angewandt würden, läge in der Nordmark keine Veranlassung vor. Dr. Metz-Berlin begründete darauf den Antrag: „An den Herrn Minister die Bitte zu richten, daß unter Abänderung der bisherigen Vorschriften künftig der Rentenbankkredit in politisch gefährdeten Distrikten wie im nördlichen Schleswig nicht nur bei einer Vermehrung der ländlichen Stellen, sondern nach dem Ermessen der Generalkommission auch in anderen geeigneten Fällen gewährt werde." Auch gegen diesen Antrag wandte sich der Landwirtschaftminister Nachdem auch mehrere andere Diskussionsredner Bedenken gegen den Antrag Dr. Metz geäußert hatten, zog dieser seine Resolution zurück. Graf Rantzau erklärte sich damit einverstanden, daß in seinem Antrage gesagt werde, statt politisch gefährdete Distrikte „nationalpolitisch gefährdete Distrikte" und statt nach dem Ermessen der Generalkommission nach dem Ermessen des Landwirtschaftsministers." In dieser Fassung wurde der Antrag angenommen. — Nachdem sich das Landesökonomiekollegium dann noch mit dem neuen Stellenvermittelungsgesetz beschäftigt hatte, wurde die Versammlung geschlossen.

Deutschland.

— **Die Wahlrechtskommission** des Abgeordnetenhauses wird bei dem Beginn ihrer Beratungen zunächst eine allgemeine Debatte über die Art des Wahlmodus (öffentliche oder geheime Stimmabgabe) eröffnen. Seitens des Zentrums und der Nationalliberalen werden Anträge auf Einführung der geheimen Stimmabgabe vorgelegt werden. Der Freisinn wird die unmittelbare, gleiche und geheime Wahl beantragen.

— **Der Seniorenkonvent** des Abgeordnetenhauses beschäftigte sich am Montagvormittag mit der Frage, ob man aus Anlaß der Vorkommnisse in der Donnerstagssitzung eine Aenderung der Geschäftsordnung vornehmen solle, dahingehend, daß die Geschäftsordnung die Disziplinargewalt des Präsidenten und des Hauses gegen Ausschreitungen stärke. Ferner wurde die Frage erörtert, ob nicht aus Anlaß der Rede des Abg. Liebknecht, die länger als drei Stunden dauerte, in der Geschäftsordnung vorgesehen werden solle, daß nach einer gewissen Frist der Präsident ermächtigt werde, das Haus zu befragen, ob es einen Redner länger hören wolle oder nicht. — Beide Fragen wurden mangels einer Uebereinstimmung der Mitglieder des Seniorenkonvents der Initiative der einzelnen Parteien überlassen.

— **(Dementi.)** Die „Münchener Zeitung" ist vom Hofmarschallamt des Prinzen Ludwig von Bayern ermächtigt, die Mitteilungen des „Neuen Wiener Journals" über angebliche Aeußerungen des Prinzen Ludwig gegen die preußische Wahlrechtsvorlage und den deutschen Reichskanzler als auf Unwahrheit beruhend zu erklären.

— **(Die Hundertjahrfeier der Gardepioniere.)** Aus Anlaß der Hundertjahrfeier des Gardepionierbataillons fand Sonnabend in der neuen Garnisonkirche ein Festgottesdienst statt, an dem auch der Kaiser teilnahm. Nach Schluß des Gottesdienstes begab sich das Bataillon zur Kaserne, wohin sich auch der Kaiser und die Ehrengäste begaben. Der Kaiser verlas hier eine Kabinettsorder, in der er dem Bataillon auf das herzlichste für seine ausgezeichneten Dienste dankt und das Säkularfahnenband verleiht. Nachdem sodann der Chef des Militärkabinetts die erfolgten Auszeichnungen verlesen hatte, fand ein Parademarsch statt und im Anschluß daran ein Frühstück im Kasino, wobei der Monarch ein dreifaches Hoch auf das Bataillon ausbrachte. Die Stadt Berlin hat dem Bataillon ein Gemälde von Skarpina aus der Geschichte des Bataillons zum Geschenk gemacht.

— **(Einweihung des Posener Kaiserschlosses.)** Die Einweihung des Posener Residenzschlosses wird im Mai stattfinden. Der Tag steht noch nicht fest, doch ist sicher, daß der Kaiser an der Einweihungsfeier teilnimmt.

— **(Offiziere als Flieger.)** Wie die „Mil.-pol. Korrespondenz" aus zuverlässiger Quelle hört, ist an höchster Stelle der Wunsch ausgesprochen worden, daß möglichst viele Offiziere das Fliegen im Aeroplan erlernen sollen. Der Kaiser hat im Anschluß an die Besichtigung des Militärballons nämlich auch der Wright-Gesellschaft in Reinickendorf in Begleitung des Kriegsministers, des Chefs des Generalstabes und des Inspekteurs der Verkehrstruppen einen Besuch abgestattet und war über das Gesehene außerordentlich überrascht. Vor allem zeigte sich der Monarch erstaunt, daß bereits eine so große Anzahl Flieger fertig auf Lager war. Unter Führung des Admirals v. Hollmann und Ingenieur Lange nahm der Kaiser Einsicht selbst in die kleinsten Details, prüfte eigenhändig verschiedene Teile, besonders die Luftschrauben neuester Konstruktion, die ein Gewicht von nur 4 Kilogramm haben, und nahm mit Interesse die Mitteilung entgegen, daß das französische Kriegsministerium, das in Paris, 4 Wright-Flieger herstellen lasse, die hierzu gehörigen Propeller in Reinickendorf bestellt habe. Im Anschluß an die Besichtigung sprach sich der Monarch über die Zweckmäßigkeit des Geschauten und die Notwendigkeit der Einführung von Aeroplanen in den Heeresdienst aus. Wie verlautet, soll Korvettenkapitän Engelhardt, der im Vorjahre von Orville Wright auf dem Bornstedter Felde ausgebildet wurde, zum Lehrer der die Fliegerkunst erlernenden Offiziere berufen werden.

— **Zugunsten des Duells** sprachen sich in der bayerischen Kammer der Reichsräte der Kriegsminister und Prinz Georg aus. Bei der Beratung des Militäretats hatte sich Freiherr v. Cramer-Klett energisch gegen das Duell gewandt, welches vom religiösen, und ebenso auch vom ethischen Standpunkt aus zu verwerfen sei. Wenn auch der Zweikampf in der bayerischer Armee stark zurückgegangen sei, sollte die Heeresverwaltung doch

keine Zweifel darüber zulassen, daß sie das Duell als verwerflich betrachte. Kriegsminister Frhr. v. Horn erwiderte, die Duellsitte bestehe nicht nur im Offizierkorps, sondern entspreche den Ansichten weiter Kreise. Beim Offizierkorps werde durch die Ehrengerichte dem Duell entgegengewirkt. Das Duell gehöre zu den größten Seltenheiten und komme nur noch bei den allerschwersten Konflikten vor. Reichsrat Prinz Georg erklärte, kein Reichsrat, der Uniform trage, stehe auf dem Standpunkt Cramer-Kletts. Das Duell gehöre nicht der Vergangenheit an. Da es nur in schwersten Fällen vorkomme, sei eine größere Einschränkung kaum möglich.

— **Eine schwere Anschuldigung** gegen den bayrischen Abgeordneten Dr. v. Orterer, den Präsidenten des bayrischen Landtages, erhebt die sozialdemokratische „Münchner Post." Aus Anlaß des neulichen autokratischen Vorgehens des Präsidenten gegen die Journalisten behauptet das genannte Blatt, daß der Abgeordnete v. Orterer „vor dem Oeffnen von geschlossenen Privatsendungen an Abgeordnete nicht zurückgeschreckt sei."

Ausland.

England.

— **Das englische Militärluftschiff,** das den mißglückten „Null sekundus" ersetzen soll, und an dessen Konstruktion die Ingenieure seit langer Zeit arbeiteten, hat seine erste Probefahrt gemacht, die erfolgreich verlaufen ist. Das Militärluftschiff führte zu Farnborough einen sehr erfolgreichen Flug aus. Sein Kommandeur Oberst Capper und drei andere Offiziere beteiligten sich an dem Probefluge. Das Fahrzeug blieb eine Stunde lang in der Luft und manövrierte über der Lafans-Ebene. Es gehorchte dem Steuer vollkommen und gewahrte selbst dem starken Südwestwind entgegen eine erhebliche Geschwindigkeit. Das Luftschiff ist bedeutend größer als sein gescheiterter Vorgänger „Nulli secundus".

Türkei.

— **Deutsche Torpedoboote für die Türkei.** Wie das „Wolff-Bureau" aus zuverlässiger Quelle erfährt, sind die seit einiger Zeit schwebenden Verhandlungen der türkischen Regierung mit der Schichauwerft in Danzig wegen Ankaufs von Torpedobooten nun derart zum Abschluß gekommen, daß vier bereits ausgeprobte Boote in türkischen Besitz übergehen sollen. Wie dem „Berl. Tagebl." aus Danzig gemeldet wird, soll es sich um die Torpedoboote „S 156 bis 168" handeln. Die genannten Boote, die bereits eine Reihe von Versuchen mit Marinebesatzung und kriegsmäßiger Beladung ausgeführt haben, gehören zu den neuen Booten des Deutschen Reiches für das Jahr 1908 und müßten, wie dies bezüglich der anderen Boote dieser Serie der Fall ist, programmäßig bereits in Dienst gestellt sein.

Marokko.

— **(Mulay Hafid und die Franzosen.)** Aus Fez wird Pariser Blättern über die Verhaftung des Artilleriesekretärs Silahein Snussi noch gemeldet, daß diese anläßlich der Bezahlung des Soldes der Truppen erfolgt sei, weil Silahein Snussi entsprechend den Befehlen des Leiters der französischen Militärmission, Majors Mangin, noch einen zweiten Schreiber in die Soldliste eingetragen habe. Dieses Verfahren zeige, daß der Sultan systematisch das Ziel verfolge, daß Ansehen und die Stellung der französischen Militärmission herabzusetzen. Major Mangin habe im Einvernehmen mit dem französischen Konsul Gaillard bis auf weiteres die Dienstleistungen der französischen Militärmission eingestellt. Inzwischen hat sich das Blättchen aber schon wieder gewendet. Am Tage nach dem Zwischenfall mit der französischen Militärmission ließ der Sultan den französischen Konsul Gaillard und Major Mangin zu sich berufen. Als ihm der Tatbestand auseinander gesetzt war, äußerte der Sultan seine Mißbilligung über das Vorgehen seiner Beamten. Der Kämmerer und der Kriegsminister mußten dem Major in Gegenwart des französischen Konsuls und der französischen Offiziere ihre Entschuldigungen aussprechen. Nachdem die Zusicherung gegeben war, daß sich ähnliche Fälle nicht wiederholen würden, nahmen die Instrukteure ihren Dienst wieder auf.

Westfalen u. Rheinland.

Den Nachdruck der mit * versehenen Lokalartikel untersagen unsere Mitarbeiter unter allen Umständen.

Gross-Gasversorgung u. ihre Folgen.

Kamen, 17. Febr. Im rheinisch-westfälischen Industriegebiet ist zurzeit eine Groß-Gasversorgung geplant, die, wenn sie zur Tatsache wird, für eine Reihe von Orten eine nahezu völlige Umwälzung auf dem Gebiete der Gasversorgung bedeutet. Das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk beabsichtigt, außer seiner Ausdehnung auf dem Gebiete des Elektrizitätswesens sich auch der Gasversorgung im großen zuzuwenden. Nachdem das Werk bereits vor Jahren die Gasanstalt in Borbeck und später auch diejenige der Stadt Mettmann erworben hat, plant es neuerdings unter Einbeziehung einer Reihe von Gasanstalten und Benutzung überschüssiger Gase von Kokereien, ein Gasversorgungsunternehmen in großem Umfange auf der Grundlage einer G. m. b. H. unter Beteiligung der interessierten Städte und Gemeinden. Wie bei der Lieferung elektrischer Energie, soll sich auch das Verbreitungsgebiet für Gas über ein großes Gebiet erstrecken, und zwar nicht allein über den ganzen rheinisch-westfälischen Industriebezirk, sondern auch noch weiter hinaus über das Bergische Land und selbst bis nach Köln hin. Zur Erreichung dieses Zieles sind Verhandlungen mit den in Betracht kommenden Faktoren bereits im Gange und teilweise schon abgeschlossen. In Frage sollen zunächst stehen die Gegend von Barmen, Elberfeld, der Landkreise Recklinghausen und der Landkreise Essen. Ferner beabsichtigt das Wasserwerk Thyssen u. Co., G. m. b. H., eine Ferngasleitung von Mülheim nach Barmen über Heiligenhaus, Velbert, Langenberg und Neviges zu legen und hat die Firma den letzterwähnten vier Gemeinden Angebote auf Gaslieferung eingereicht, die schon von den betreffenden Bürgermeistern besprochen worden sind. Die Firma Thyssen wird sich auf Lieferung von Gas für Heiz- und Kochzwecke beschränken, während das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk die Anschlüsse für Leucht- und Kraftzwecke besorgen soll. Wahrscheinlich wird zwischen dem Wasserwerk Thyssen hinsichtlich der Lieferung von Gas eine Vereinigung gebildet werden, in die auch verschiedene große Zechen und andere Gasproduzenten eingeschlossen werden sollen. In den Städten Heiligenhaus, Velbert, Langenberg und Neviges werden demnächst die Lichtkommissionen dieser Orte eine gemeinsame Sitzung in Gegenwart eines Sachverständigen abhalten.

Auf dem Gebiete der Technik mag diese geplante gewaltige Anlage ein Fortschritt sein, ob sie es auch mit bezug auf die wirtschaftlichen Interessen der Allgemeinheit sein wird, das ist eine andere Frage. Bedeutet es doch eine Vertrustung, die unzweifelhaft den Fortbestand einer ganzen Reihe mehr oder minder selbständiger Existenzen in Frage stellt. Sicher werden eine ganze Anzahl höherer und mittlerer technischer Beamten ausgeschaltet. Daß dies tatsächlich der Fall ist oder sein wird, erhellt aus einer Mitteilung des Herrn Direktor Schomberg-Gelsenkirchen, der auf der Winterversammlung des Vereins der Gas-, Elektrizitäts- und Wasser-Fachmänner Rheinlands und Westfalens erklärte, daß man in Gelsenkirchen die gesamte Gasmenge von einer Kokerei beziehe und die bestehende Gasanstalt zur Reserve still legen konnte. — Und wo bleiben die Direktoren, Gasmeister und sonstigen technischen Angestellten solcher Gaswerke, die etwa später noch still gelegt werden?

Sicher ist ferner, daß eine ganze Reihe selbstständiger Installateure entweder vollständig im Laufe der Zeit beiseite gesetzt werden, und ebenso wird die Fabrikation oder Lieferung von allen Zubehörteilen für die Gasbeleuchtung und -Heizung, vom einfachen Glühstrumpf bis zum komplizierten vornehmen Beleuchtungskörper, vom einflammigen Gaskocher des Junggesellen bis zum eleganten Emaillegasherd und zum vornehm verzierten Gasofen, schließlich in eine Hand gegeben, und damit eine ganze Anzahl heute im gewissen Sinne unabhängiger Persönlichkeiten dieser Unabhängigkeit beraubt. Mit anderen Worten, diese Großgasversorgung trägt, wenn nicht die Gemeinden und Städte für sich und ihre Bürger in sorgsamster Weise ihre Bewegungsfreiheit wahren, mit zur weiteren Auflösung eines gesunden Mittelstandes bei, sie trägt dazu bei, daß Städte und Gemeinden, die vom Staate heute möglichste Freiheit verlangen, in die Abhängigkeit einer großen Kapitalansammlung kommen und daß nicht wenigen Existenzen die Möglichkeit benommen wird, ihr Wissen und Können zur Erringung einer besseren Existenz zu verwerten. Daß dies für die nationale Entwickelung unseres Volkes kein Vorteil ist, daß die Liebe zum Vaterlande nicht gehoben wird, wenn das Vaterland dem Streben des tüchtigen, fleißigen Einzelnen kein Ziel mehr bietet, das bedarf wohl keiner Frage.

Aber nicht nur für die Industriellen und Gewerbetreibenden, die als selbständige Existenzen in ihrer Eigenschaft als Lieferanten oder Wiederverkäufer an dieser Entwicklung aufs höchste interessiert sind, ist die Zentralisation in unserem dichtbevölkerten Industriegebiete eine Gefahr und eine Lebensfrage — nein auch die Masse der übrigen Industriellen und Gewerbetreibenden hat alle Ursache, gegenüber diesen Bestrebungen nicht untätig, sondern auf der Hut zu sein. Als Herr Kommerzienrat Böcker in diesen Tagen in der Stadtverordnetensitzung in Remscheid gelegentlich einer Verhandlung über die Erweiterung der Gasanstalt auf den Gasbezug aus dem Kohlengebiet hinwies und erwähnte, daß auch die Stadt Barmen sich von dieser geplanten Zentrale Gas beschaffen wolle, sprach Herr Borchard, Direktor des Remscheider Gaswerks, aus mancherlei Gründen dagegen, und nicht zum wenigsten betonte er die große Abhängigkeit, in die die Gemeinden, und damit die übrige Industrie, geriete, und die schwierigen Lagen, die durch Streiks in den Zentralwerken für die gesamten Gewerbetreibenden des Industriegebiets heraufbeschworen werden könnten.

Soviel ist sicher, so hervorragend eine solche Zentralisation der Kraft- und Gasversorgung als technischer Fortschritt sein mag, mit Rücksicht auf eine gesunde „Jedem das Seine" lassende volkswirtschaftliche Entwickelung begegnet sie entschieden schweren Bedenken. Wird diese Zentralisation für das rheinisch-westfälische Industriegebiet Wirklichkeit, so wird sie mit ihren vielseitigen Folgen unbedingt die bedauerliche Spannung zwischen Arbeit und Kapital infolge Ausschaltung einer nicht geringen Zahl mittlerer Existenzen gewaltig erhöhen.

Entspricht es den Tatsachen, daß aus den Kokereien des Ruhrbezirks täglich etwa 2,5 Millionen Kubikmeter Gas zur Verfügung stehen, die einen Wert von etwa 20 Millionen Mark jährlich repräsentieren, so ist es ohne Zweifel wünschenswert, daß ein derartiges Vermögen nicht verloren geht. Es wird aber vorbeugender volkswirtschaftlicher Maßnahmen bedürfen, um diesen Segen auf der einen Seite in solche Wege zu leiten und eine derartige Verwendung finden zu lassen, daß dadurch nicht ungezählte Einzelexistenzen geschädigt und in ihrer Lebenshaltung herabgedrückt werden.

(Vorstehender Artikel ist entnommen dem Haupt-Offertenblatt-Installateur Ludwigshafen Rhein mit dem Beiblatt „Das Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerk".)

*

Winterberg.

Kamen, 17. Febr. Der Wintersport entwickelt sich auch in unserer Provinz gewaltig — Winterberg im Sauerland ist eine Attraktion geworden, und das unbekannte, arme Dörflein, das es noch vor fünf Jahren war, ist heute so berühmt wie die ersten deutschen Bäder. Das Winterfest am vergangenen Sonntag war wieder von vielen Tausenden besucht; ein Sonderzug nach dem andern mußte eingelegt werden. Das Wetter war vorzüglich; trocken, sonnenklar, und kein Schneetreiben hinderte den Ausblick. Die vielen, die an dem Tage in Winterberg ihre Nerven gebadet haben, werden in dem Lobe des Tages einig sein.

Soweit ist also alles gut. Aber es ist nötig, doch auch ein Wort über die Geldschneiderei zu sagen, die ein Teil der Einwohner Winterbergs den Fremden gegenüber ausübt. Die Preise verschiedener (keineswegs aller) Winterberger Wirte sind die von Restaurants erster Klasse, obwohl keine hohen Mieten auf die Besucher abzuwälzen sind und die Zubereitung der Speisen zwar gut, aber keineswegs erstklassig ist. Die etwa 100 Besitzer von Schlitten nehmen für die Beförderung zum Festplatz 1,50 *M.* pro Person, für die Rückfahrt 1 *M.* Viele dieser Schlitten waren bislang Mistkarren und werden im Sommer wohl wieder diesem nützlichen Zwecke dienen. Ein Herr suchte einen Schlitten, der ihn mit seiner Familie nach Nordenau fahre. Niemand ist bereit, ja man behauptet, Nordenau gar nicht zu kennen. „Nun, fordern Sie doch!" Keiner fordert; keiner fährt ihn. Kann man doch hier ein paar hundert Mark an einem Tage verdienen. Jedermann wird den Winterbergern den Aufschwung ihres Ortes gönnen; aber sie übertreiben es, und das wirkt unsympathisch.

*

Kamen, 17. Febr. **(Verschiedenes.)** In der Woche vom 30. Januar bis 5. Februar sind im Landkreise Hamm folgende **Krankheits- und Todesfälle** zur Anmeldung gekommen: Erkrankungen an Scharlach 12 (7 Bergkamen, 2 Heeren, je 1 Obermassen, Kamen, Osterbönen, Diphtherie 2 (je 1 Kamen, Unna), Kindbettfieber 1 (Unna); Todesfälle durch Magen- und Darmentzündung 3 (je 1 Wiescherhöfen, Obermassen, Bönen), Krebs 2 (Kamen), Lungenentzündung 3 (je 1 Kamen, Bergkamen, Methler), Tuberkulose 6 (3 Unna, je 1 Afferde, Kamen, Westick), aus anderer Ursache 14.

(Eine Zentralstelle für das bergbauliche Rettungswesen im Ruhrbezirk.) Der Verein für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund hat den Zechenverwaltungen ein Rundschreiben zugehen lassen, wonach er die Errichtung einer Zentralstelle zur Entwicklung und Ueberwachung des Rettungswesens im Ruhrbergbau plant. Die Zentrale, die ihren Sitz in Essen haben soll, wird die Ausbildung der Rettungsmannschaften auf den Bergschulen in Essen und Bochum in die Hand nehmen, mehrere Unterstationen mit den entsprechenden Apparaten ausrüsten und für ihre ständige Hilfsbereitschaft Sorge tragen. Bei vorkommenden Katastrophen ist die Zentralstelle zu benachrichtigen, die dann die Entsendung von Hilfskorps in bereitgehaltenen Automobilen veranlaßt. Die Kosten der Einrichtung will der Bergbauverein übernehmen. Die auf den Zechen des Bezirks bereits bestehenden Rettungseinrichtungen sollen bestehen bleiben.

(Die schwarzen Listen.) In der Klagesache der neun Bergarbeiter gegen den Zechenverband auf Schadenersatz wegen der Aussperrung durch die schwarzen Listen hat das Landgericht Essen einen Beweisbeschluß erlassen, der sich nur auf einen Kläger bezieht.

** **Dortmund,** 16. Febr. **(Verschiedenes.)** Auf den Derner Oelwerken brach gestern infolge Ueberlaufens des Oelkochers **Großfeuer** aus, das das ganze Fabrikationsgebäude bis auf die Umfassungsmauern einäscherte. Das Feuer wurde auf den Entstehungs-Herd beschränkt und das Maschinenhaus und das Lager gerettet.

Hinter einem Hause am Nordmarkt wurde kürzlich die **Leiche** eines neugeborenen Kindes aufgefunden. Die Leichenöffnung hat ergeben, daß der Tod des Kindes auf eine Verletzung des Schädels mit einem stumpfen Gegenstand zurückzuführen ist. Die Leiche war in Papierstücke eingewickelt, die anscheinend als Schnittmuster gedient hatten.

Auf der Bornstraße wurde gestern abend ein 5jähriger Knabe von einem Fuhrwerk **überfahren.** Das Kind trug schwere innere und äußere Verletzungen davon und mußte zum Krankenhaus gebracht werden.

** **Bochum,** 15. Febr. **Dem furchtbaren Schiffsunglück** im Mittelländischen Meere ist auch ein Bochumer Bürger zum Opfer gefallen, und zwar der Assessor Dr. Hammers. Derselbe ist Mitglied der Knappschaftsgenossenschaft. Assessor Dr. Hammers befand sich seit Dienstag voriger Woche auf einem längeren Erholungsurlaub, dessen erste Tage er in Nizza zubrachte, von wo er am Aschermittwoch nach Marseille abfuhr und sich dann auf dem Dampfer „General Chanzy" einschiffte. Der Assessor befindet sich nach den Mitteilungen, die nach hier gelangt sind, unter den Opfern der Katastrophe. Die Eltern des Assessors wohnen in Langendreer.

** **Gelsenkirchen,** 15. Febr. **Zu dem Mord im Bulmker Stadtgarten** wird in einem hiesigen Blatte amtlich mitgeteilt: „Die Voruntersuchung hat jetzt zu einer fast vollständigen Klärung des Sachverhalts geführt. Nach dem Ergebnis der Untersuchung muß angenommen werden, daß der Arbeiter Wilhelm Galla den Arbeiter Karl Leber allein getötet hat. Beide waren zur Zeit der Tat arbeits- und obdachlos. Sie haben sich zusammen am 1. und 5. Juli in Gelsenkirchen umhergetrieben. Die Wiese am Bulmker Stadtgarten haben sie aufgesucht, um dort zu nächtigen. Galla hat den Leber in der Weise getötet, daß er ihn zunächst über den Kopf geschlagen und ihm dann sofort den Kopf abgeschnitten hat. Er will zur Tat durch einen Schlag, den ihm Leber versetzt haben soll, gereizt sein und die Tat in blinder Wut ausgeführt haben. Die Untersuchungsbehörden sind jedoch von der Wahrheit seiner Angaben nicht überzeugt, nehmen vielmehr an, daß es sich um einen in allen Teilen wohlüberlegten Raubmord handelt. Es besteht die Hoffnung, daß die Tatumstände noch vollständig aufgeklärt werden, so daß den Mörder die wohlverdiente Strafe treffen wird. — Die übrigen der Mittäterschaft verdächtig gewesenen Personen sind sämtlich aus der Haft entlassen worden.

(?) **Wattenscheid,** 15. Febr. **Auf schreckliche Weise** ist der Rangierer Guhatzik aus Günigfeld zu Tode gekommen. Bei Ausübung seines Berufs geriet er zwischen die Puffer zweier Wagen, wobei er solch' schwere Verletzungen erlitt, daß er in wenigen Augenblicken eine Leiche war. Der Verunglückte hinterläßt Frau und vier Kinder.

Essen, 15. Febr. **(Die Kruppschen Werke.)** Am Ende des Jahres 1909 waren in den gesamten Kruppschen Werken 66 909 Personen beschäftigt, darunter 6758 Beamte. Da die Werke am 1. Januar des Jahres 1909 63 191 Personen (6493 Beamte) beschäftigten, so ist eine Vermehrung des Personals um fast 4000 Mann eingetreten. In den Werken sind insgesamt 569 Dampfmaschinen tätig, die 73 348 Pferdekräfte erzeugen. Die Jahresleistung der Elektrizitätswerke im Jahre 1909 betrug 25,5 Millionen Kilowattstunden. Diese Kraftmenge dient dazu, die Werkzeugmaschinen in einer Anzahl von 7200 Stück, die 17 Walzenstraßen, 909 Kräne, 187 Hämmer der verschiedensten Arten und 81 hydraulische Pressen anzutreiben. Ueber die Verbrauchsmengen an Rohmaterialien wie Kohle, an Wasser usw. geben folgende Zahlen Auskunft: Die für den Betrieb nötigen Steinkohlen, Briketts und der Koks wurden aus eigenen Gruben gewonnen und betrugen 2 477 920 Tonnen. Diese Menge stellt ungefähr anderthalb Prozent von der im gesamten Deutschen Reiche geförderten Kohlenmenge dar. In den Kruppschen Werken wurden im letzten Jahre ungefähr soviel Wassermassen verbraucht, wie in der ganzen Stadt Dresden, nämlich 16,5 Millionen Kubikmeter. Der Gasverbrauch war mit 18 Millionen Kubikmetern größer als z. B. der Gasverbrauch der Stadt Magdeburg. Krupp hat eine eigene Eisenbahn, die aus 52 Lokomotiven und 2395 Wagen besteht, darunter die größten Güterwagen der Welt. Diese Wagen werden auf 78 Kilometer Normalspurschienen und 57 Kilometer Schmalspurgleisen gefahren. Am Ende des Jahres standen in den Arbeiterkolonien 6095 Familienwohnungen zur Verfügung.

** **Essen,** 15. Febr. **(Zwei Kinder aus dem Fenster gestürzt.)** In einem Hause an der Altenessener Straße hatte eine Frau ihre beiden Kinder, einen Knaben und ein Mädchen im Alter von 5½ und 3 Jahren, zurückgelassen, während sie etwas besorgte. Das Mädchen sah der Mutter vom Fenster aus nach, erhielt dabei das Uebergewicht und stürzte mit dem Jungen, der den Fall verhindern wollte, aus dem Fenster der dritten Etage auf die Straße hinab. Beide erlitten schwere Schädelbrüche und wurden ins Krankenhaus gebracht.

** **Elberfeld,** 16. Febr. **In der letzten Sitzung** der Stadtverordnetenversammlung war mit großer Mehrheit beschlossen worden, auch den Sozialdemokraten die Stadthalle zu politischen Versammlungen zu überlassen. Der Oberbürgermeister kündigte schon damals an, daß er gegen diesen Beschluß Einspruch erheben müsse. Er hat dann auch auf Grund des § 52 Absatz 2 der rheinischen Städteordnung den Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung beanstandet. In ihrer gestrigen Sitzung beschlossen die Stadtverordneten mit allen gegen fünf Stimmen, bei ihrem früheren Beschlusse zu verbleiben und, wie es in der rheinischen Städteordnung vorgesehen ist, die Entscheidung des Bezirksausschusses einzuholen.

** **Mülheim** (Ruhr), 15. Febr. **(2 Arbeiter verunglückt.)** Auf dem Stahlwerk der Firma Thyssen & Co. verunglückte der Hülfsarbeiter Vierkonte aus Oberhausen dadurch, daß er beim Reparieren eines elektrischen Laufkrans der Starkstromleitung zu nahe kam. Der Tod trat sofort ein. Der Verunglückte war 20 Jahre alt. — Am Samstag abend verunglückte ebenfalls auf dem gleichen Werk der 25jährige Kranenführer Aug. von der Weiden, indem er zwischen zwei Puffer geriet. Er starb im evangelischen Krankenhause noch am gleichen Abend.

** **Opladen,** 15. Febr. **(Beide Beine abgefahren.)** Auf dem hiesigen Bahnhofe wurden am Samstag abend dem Schirrmann Josef Fröhlen beim Rangieren beide Beine bis zum Knie abgefahren. Der Schwerverletzte befindet sich im Krankenhause, doch ist sein Zustand hoffnungslos.

W **Köln,** 15. Febr. **Das Luftschiff Clouth** machte Sonntag nachmittag Uebungsfahrten von 3½—6 Uhr, wobei erfolgreiche Versuche gemacht wurden, das Luftschiff mit einem Propeller zu lenken, um den Nachweis zu liefern, daß es auch mit einem Propeller fahren, manövrieren und landen kann. Das Luftschiff zeigte dabei eine hervorragende Manövrierfähigkeit. Der Auf- und Abstieg erfolgte mittels Höhensteuer. Die erreichten Höhen betrugen 250 bis 300 Meter.

)(**Köln,** 16. Febr. **(Explosion.)** Gestern mittag kurz nach 1 Uhr ereignete sich in der chemischen Färberei, Wäscherei und Desinfizieranstalt von Karl Giebmanns in der Wasserturmstraße im Waschraum zu einer Zeit, als Arbeiter nicht im Betriebe waren, eine Explosion, durch die der 18jährige Sohn des Inhabers schwere Brandwunden erlitt. Im angrenzenden Hause wurden sämtliche Fensterscheiben zertrümmert. Ein dort wohnender Tagelöhner und dessen Ehefrau, sowie zwei Arbeiter, die ebenfalls in der Wohnung anwesend waren, erlitten ziemlich schwere, zwei Kinder leichtere Brandwunden. Der Sohn des Besitzers und ein Arbeiter mußten ins Hospital gebracht werden. Wie die Explosion entstanden ist, ist noch nicht aufgeklärt.

** **Köln,** 15. Febr. **Infolge Schwermuts erschoß sich** der Sergeant Sieberts vom 64. Infanterie-Regiment in Bonn. S. war nach einer schweren Krankheit gerade aus dem Lazarett entlassen worden.

** **Köln,** 15. Febr. **Ein Handwerksmeister** von auswärts hatte von der Bank 5000 Mark abgehoben. Er geriet in weibliche Gesellschaft und mußte bei der Rückkehr im Hotel die Wahrnehmung machen, daß ihm die 5000 Mk. gestohlen waren.

* **Mayen,** 15. Febr. **(Wegen Gattenmordes verhaftet.)** Unter dem Verdachte, seine erste und zweite Frau vergiftet zu haben, wurde hier der Gefängniswärter Grub verhaftet.

** **Aachen,** 14. Febr. **(Heiratsschwindler verurteilt.)** Der 36jährige angebliche Kaufmann Ignatius Brod aus Mähren wurde vom hiesigen Schöffengericht wegen Heiratsschwindels zu sechs Monaten Gefängnis und wegen Führung eines falschen Namens zu einer Woche Haft verurteilt. Die in Betracht kommende hiesige Dame war so vorsichtig gewesen, Erkundigungen über den Mann einzuziehen, die zu seiner Verhaftung führten. Brod wird aus Königsberg ebenfalls wegen Heiratschwindels gesucht, ferner aus Wien wegen Diebstahls; er ist wegen Diebstahls schon wiederholt bestraft.

** **Saarbrücken,** 15. Febr. **(Erschossen.)** Ein Schutzmann, der von einer Rotte Burschen überfallen wurde, griff in der Notwehr zum Revolver und erschoß einen 20jährigen Burschen. Die Teilnehmer an dem Ueberfall wurden verhaftet.

Aus aller Welt.

— **Der hessische Großherzog beim Karneval.** Der Großherzog und die Großherzogin von Hessen haben in diesem Jahre den Mainzer karnevalistischen Veranstaltungen am Rosenmontag und Fastnachtdienstag beigewohnt. Der Großherzog beteiligte sich sehr lebhaft an dem Karnevalstreiben auf den Straßen. Als er aber schließlich persönlich in den karnevalistischen Straßenkampf eingriff und die Passanten mit Apfelsinen zu bombardieren begann, erwiderten diese die unvermutete Attacke mit dem Erfolg, daß der Großherzog unter stürmischen Gelächter der Zuschauer vom Kampfplatz zurückweichen mußte, nachdem ihn einige besonders gut gezielte Apfelsinen an Kopf und Nase getroffen hatten. Er wußte offenbar nicht, daß das Werfen mit Orangen — polizeilich verboten ist. — Dem „Hannov. Cour.", dem wir diese Erzählung entnehmen, muß die Verantwortung für ihre Richtigkeit überlassen bleiben.

— **Die Verhaftung** des achtfachen Raubmörders von Boguslawice, worüber wir berichteten, wird jetzt von dem Untersuchungsrichter am Königlichen Amtgericht Pleschen öffentlich bekanntgegeben. Gleichzeitig spricht der Untersuchungsrichter Dr. Lakemeyer allen Behörden und Privatpersonen, welche sich an der Verfolgung des Täters beteiligt haben, insbesondere auch der Presse für die ihm gewährte Unterstützung seinen Dank aus. Nach einer Meldung aus Posen wird der verhaftete Raubmörder, der russische Deserteur Michael Koczinski, den deutschen Behörden nicht ausgeliefert werden, da bekanntlich Rußland seine Untertanen an fremde Länder nicht ausliefert. Koczinski wird in Rußland für seine Mordtaten abgeurteilt werden. Die für seine Ergreifung ausgesetzte Belohnung von 5000 Mark wird russischen Polizeibeamten zufallen.

— **Selbstmordversuch im Theater.** Sonntag abend hat sich in der Hofoper, wo Verdis „Rigoletto" aufgeführt wurde, zum Schlusse der Vorstellung ein junger Mann in einer Loge des dritten Ranges durch zwei Revolverschüsse zu töten versucht. In dem lebhaften Beifall, der zum Schlusse der Oper ertönte, blieb die Detonation im Parkett und in den unteren Ranglogen unbemerkt, so daß die sonst unfehlbar eingetretene Panik vermieden blieb. Nur die nächsten Logennachbarn hatten die Schüsse gehört und eilten herbei. Man fand den etwa 20jährigen jungen Mann, der sehr elegant gekleidet war, blutüberströmt und bewußtlos auf dem Boden. Er wurde zur Operation in das Allgemeine Krankenhaus gebracht. Der junge Mann hatte sorgfältig jede Möglichkeit einer Feststellung seiner Identität entfernt. Man glaubt, daß er ein Fremder ist. — Der Selbstmordkandidat wurde als ein 17jähriger Gymnasiast erkannt. Die Herzwunde konnte zugenäht werden.

— **Die Folgen der Ueberschwemmung** machen sich in Paris immer noch sehr bemerkbar. Sonntag abend stürzte ein Stück des Gewölbes der im Bau befindlichen Linie VIII der Untergrundbahn ein. In der darüber liegenden Rue Mirabeau bildete sich eine große Senkung, so daß die Straße für den Verkehr gesperrt werden mußte. Bis Sonntag mittag war die Seine noch etwas gestiegen. In den nächsten 24 Stunden bis Montag mittag fiel das Wasser um 7 Zentimeter.

Der französische Finanzminister Cochery legte im Ministerrat einen Gesetzentwurf vor, der sich auf die Hilfeleistung für die Ueberschwemmten bezieht. Die Bank von Frankreich soll einen Vorschuß von 75 Millionen für fünf Jahre an kleine Kaufleute, Industrielle und Handwerker geben, mit dessen ratenweiser Rückzahlung nach zwei Jahren begonnen werden soll. 25 Millionen sollen für fünf Jahre dem Credit Foncier überlassen werden, der Vorschüsse für den Wiederaufbau der Gebäude gewähren soll. Diese Vorschüsse sollen ohne Zins gegeben werden, aber gegen Zahlung von 2 Prozent für den Garantiefonds.

Neueste Nachrichten

W = Wolff's Bureau. H = Hirsch's Bureau. T = Privattelegramm.

Reichstag.

Auf der Tagesordnung vom Mittwoch steht die erste Lesung des

Arbeitskammergesetzes.

Abg. Will (Zentr. Els.) bedauert, daß die Regierung sich in dieser neuen Vorlage die vorjährigen Kommissionsbeschlüsse nur teilweise angeeignet hat. Die Ablehnung des Verlangens der Arbeiter, ihre Arbeitersekretäre in die Kammern hineinwählen zu können, ist umsoweniger zu rechtfertigen, als es den Arbeitgebern ja unbenommen ist, ihre ersten Betriebsbeamten in die Kammer zu wählen. Gerade die Arbeitersekretäre wirken in friedlichem Sinne. Gelegentlich des Bergarbeiterstreiks im Ruhrrevier habe die Regierung selber sich an die Arbeitersekretäre um Vermittlung gewandt. — Abg. v. Winterfeldt (kons.): Wir halten es vor allem für ersprießlich, daß in die Arbeitskammer nur wirkliche Arbeiter gewählt werden dürfen und nicht auch Arbeitersekretäre. — Abg. Horn (natl.): Im Prinzip müssen wir die Errichtung der Arbeitskammern zustimmen, aber andererseits wäre es verfehlt, sie gleich überall zu errichten, vielmehr ist es richtiger, daß das nur je nach Bedürfnis geschehe. Damit, daß die Vorlage die Arbeitersekretäre von der Wählbarkeit ausschließt, sind wir durchaus einverstanden. Erfreulich ist, daß die Kammern auch bei Tarifverträgen und paritätischen Arbeitsnachweisen mitwirken sollen. Die Oeffentlichkeit der Verhandlungen wünschen wir nicht. (Beifall b. d. Natl.)— Abg. Naumann (freis. Vergg.): Inbezug auf das Wahlrecht sind wir der Ansicht, daß das Wahlalter mit 21 Jahren für das aktive, 25 Jahre für das passive Wahlrecht von der Kommission durchaus richtig gegriffen worden ist. Wir sind auch unsererseits für das öffentliche Verfahren, das öffentliche Verhandeln. Einigungsverhandlungen lassen sich allerdings besser im geheimen abmachen. Die Teilnahme der Arbeitersekretäre an den Arbeitskammern kann nur in jedem Betracht als erwünscht erscheinen. Ich selbst würde gern mit Arbeitersekretären verhandeln. Ich stehe mit einigen [illegible] auf freundschaftlichem Fuße. Aber wer so wie die Arbeitersekretäre verpflichtet ist, die Interessen der Arbeiter zu vertreten, der ist auch am Programm gebunden. Die Arbeitskammern sollen ein Instrument des Friedens sein. Wenn sie eine Einrichtung haben wollen, die der Einigung dienen soll, so müssen Sie ihr nicht von vornherein eine Gestalt geben, die von der einen Seite abgelehnt wird. — Abg. Legien (Soz.): Wir Arbeiter haben längst unsere Organisationen und wir verzichten gern auf eine Vertretung in diesen Arbeitskammern, wenn sie so zugeschnitten ist, wie in diesem Entwurf.

Die Debatte wird geschlossen. Die Vorlage geht an eine Kommission von 28 Mitgliedern. Es folgt die erste Lesung des

Hausarbeitsgesetzes.

Staatssekretär Delbrück legt einleitend dar, es sei sehr schwierig, die komplizierten Verhältnisse der Heimarbeit schematisch zu reglementieren. Die Regierungen seien so weit wie möglich den Wünschen der Kommissionsmehrheit gefolgt. Grundsätzliche Bedenken habe die Regierung, in die Festsetzung der Löhne einzugreifen. Der Staatssekretär bittet daher, die Frage der Tarifverträge nicht mit dieser Vorlage zu verquicken. — Abg. Pieper (Ztr.) billigt es, daß die Hausarbeitsfrage aus der vorjährigen großen Gewerbenovelle hinausgenommen ist. Ohne behördliche Regelung ist eine annehmbare Regelung der Lohnfrage nicht zu denken. Jede Verweisung auf Selbsthilfe ist weiter nichts als jede Zurückweisung von Hilfe. — Abg. Henning (kons.): Meine Freunde müssen dem Staatssekretär der sich vorläufig gegen Lohnämter aussprach Recht geben. Jedenfalls sollte man daran die Vorlage nicht scheitern lassen. Es ist unser dringender Wunsch, die Heimarbeit zu fördern, denn sie ist eine wohltätige Einrichtung. — Abg. Everling natl.): Der jetzige Entwurf ist zweckmäßiger als der vorige. Allerdings läßt er die ökonomischen Fragen zu sehr hinter die hygienischen zurücktreten. — Abg. Schmidt (Soz.) erklärt, daß die Heimarbeit an und für sich eine ganz ungesunde volkswirtschaftliche Erscheinung sei, die man bekämpfen müsse. Die Lohnregulierung dürfe nicht den freien Wettbewerb überlassen, sondern müsse amtlich festgesetzt werden, damit die Unternehmer die Arbeiter nicht ausbeuten.

Darauf geht auch diese Vorlage an eine Kommission von 28 Mitgliedern.

Abgeordnetenhaus.

Am Mittwoch wurde die Weiterberatung des Justizetats beim Kapitel „Land- und Amtsgerichte" fortgesetzt und verschiedene örtliche Wünsche vorgebracht. — Abg. Heisig (Zentr.) führt Beschwerde über einen Fall von Zeugniszwangshaft gegen einen Redakteur. — Justizminister Dr. Beseler erwidert, seine Stellung in der Frage der Zeugniszwangshaft sei bekannt, Den Staatsanwaltschaften sei eine vorsichtige Handhabung des Zeugniszwangsmittels empfohlen. Es ist unzutreffend, wenn man im Lande glaubt, einzelne Redner hätten hier die Schuldfragen im Allensteiner Fall erörtert. Er möchte feststellen, daß hier die Frage der Schuld oder Nichtschuld nicht hineingezogen sei. — Abg. Wodarz (Zentr.) verlangt gesetzliche Regelung der Berufsvormundschaft in den großen Städten, besonders für uneheliche Kinder. — Abg. Kirsch (Zentr.) billigt den Erlaß des Ministers über die Zeugniszwangshaft. Diese dürfe nur bei schweren Straffällen angeordnet werden. — Alsdann werden wieder verschiedene lokale Wünsche vorgebracht. — Abg. Cassel (frs. Vp.) beklagt die Ueberlastung der Kammern für Handelssachen beim Landgericht I in Berlin. — Abg. Leinert (Soz.) fordert u. a. ein Amtsgericht für Linden bei Hannover. — Justizminister Dr. Beseler erwidert, daß ein Bedürfnis hierfür nicht vorhanden sei, da Linden dicht bei Hannover liege.

Beim Titel „Staatsanwaltschaft" rügt Abg. Witzmann (natl.) das Ueberhandnehmen der Berufungen der Amtsanwälte und Staatsanwälte. Wegen Bagatellsachen würden die Strafkammern oft wiederholt in Anspruch genommen. — Abg. Büchtemann (frs. Vp.): Im Kreise Hirschberg herrscht große Erregung darüber, daß dort seit 1906 nicht weniger als sieben Morde unaufgeklärt geblieben sind. Die Staatsanwaltschaft geht zu langsam und unzweckmäßig vor. Bei dem letzten Mord hat die Staatsanwaltschaft 24 Stunden lang nichts getan, trotzdem die telephonische Anzeige von einem sehr tüchtigen Gendarmen erstattet war. Zudem hat der Staatsanwalt eine Verfügung an die Polizeiverwaltungen erlassen, in der er ersucht, sich ohne besonderen Auftrag von ihm nicht in Kriminalfälle einzumischen. — Justizminister Dr. Beseler: Die angezogene Verfügung des Staatsanwalts ist von mir aufgehoben worden. Daß die Staatsanwaltschaft auf die telephonische Anzeige nicht sofort reagierte, ist entschuldbar, weil der hinzugezogene Arzt Tod durch Ueberfahren durch das eigene Fuhrwerk feststellte. — Abg. Göbel (Zentr.) fordert Entlastung der Gerichtsschreiber und Sekretäre von Kanzleiarbeiten. — Nach kurzer Debatte über die Lage der Kanzlisten vertagt sich das Haus auf Freitag.

Zum Aufstand auf der Friedrich-Alfred-Hütte.

H **Essen,** 16. Febr. Die Verhandlungen zur Beilegung des Streiks auf der Kruppschen Friedrich-Alfred-Hütte in Rheinhausen, die zwischen den Vertretern der 500 streikenden Hochofenarbeiter und der Direktion stattfanden, sind ergebnislos verlaufen, doch hat ein Teil der Arbeiter die Arbeit wieder aufgenommen, besonders solche, die schon längere Zeit auf dem Werk beschäftigt sind. Ein Ofen konnte wieder angeblasen werden. Die übrigen Betriebe erleiden keine Störung.

Neue Wahlrechtskundgebungen in der Reichshauptstadt.

H **Berlin,** 16. Febr. Gestern vormittag zogen mehrere hundert Personen durch die Friedrichstraße, indem sie Hochrufe auf das allgemeine, gleiche Wahlrecht ausbrachten. Ein telephonisch von der nächsten Revierwache herbeigerufenes Polizeiaufgebot zerstreute die Demonstranten an der Ecke der Leipziger Straße. Eine zweite Demonstration wurde darauf in der Wilhelmstraße veranstaltet. Ein großer Zug wollte zum Reichskanzlerpalais ziehen. Das Polizeipräsidium, das von dem Vorhaben verständigt worden war, hatte eine große Anzahl berittener Schutzleute ausgesandt, die die Wilhelmstraße absperrten und die Demonstranten zerstreuten

Aufsehenerregende Vergiftungsaffäre.

H **Kopenhagen,** 16. Febr. Eine mysteriöse Vergiftungsaffäre erregt in den Stockholmer Hof- und höheren Offizierskreisen großes Aufsehen. Am Sonntag abend erkrankte der Reichsmarschall Frhr. v. Essen unmittelbar nach einem Essen, an dem viele höhere Offiziere und Hofbeamte teilnahmen, so schwer unter Vergiftungserscheinungen, daß man längere Zeit das schlimmste befürchtete. Auch die meisten anderen Teilnehmer an der Gesellschaft zeigten mehr oder minder schwere Vergiftungserscheinungen. In der gestrigen Nacht und im Laufe des gestrigen Tages hat sich das Befinden des Frhrn. v. Essen etwas gebessert. Die behandelnden Aerzte und die Familienangehörigen verweigern jede Auskunft über die Affäre, die jetzt auch die Polizei beschäftigt, da man annimmt, daß die Vergiftungen nicht auf einen unglücklichen Zufall, sondern auf einen Racheakt gegen einen Teilnehmer an dem Essen zurückzuführen sind.

Französische Kolonialsoldaten im Hinterhalt.

H **Paris,** 16. Febr. Gestern abend ist im hiesigen Kolonialamt die Nachricht eingetroffen, daß am 4. Januar eine französische Kompagnie Soldaten in Uadai von den eingeborenen Truppen in einen Hinterhalt gelockt wurden. Die Franzosen verloren einen Hauptmann, einen Leutnant, zwei eingeborene Sergeanten, 2 europäische Sergeanten, 8 eingeborene Unteroffiziere und 102 eingeborene Schützen.

Die Seine steigt.

H **Paris,** 16. Febr. Die Seine ist neuerdings im Steigen begriffen. Ein Vertreter des „Petit Parisien" hatte eine Unterredung mit einem höheren Beamten der Wasserverwaltung, welcher erklärte, die Verwaltung hoffe, daß der Fluß nicht mehr als 1,50 m steigen werde. Immerhin liegen diese Möglichkeiten sehr nahe, da von der Arne schnelles Steigen gemeldet und die Regengüsse und die Schneeschmelze andauern. Die Regierung trifft bereits alle Vorsichtsmaßregeln, um der Hochwassergefahr nach Möglichkeit zu begegnen.

Im Ballon über den irischen Kanal.

H **London,** 16. Febr. Der Luftschiffer Dunville in Belfast, begleitet von Pollock, stieg gestern in einem Luftballon von dem Gaswerk in Dublin auf, um über den irischen Kanal nach England zu fliegen. Der Ballon wurde um ½1 Uhr nachmittags von der South Stak-Signalstation aus gesehen. Bald darauf flog er über Holyhead mit großer Geschwindigkeit nach den Snowdonish-Werken zu.

Zuspitzung der Krise in Griechenland.

H **Athen,** 16. Febr. Die politische Lage zeigt hier eine neue Phase. Soweit sich in Erfahrung bringen ließ, ist von neuem eine tiefgehende Spaltung zwischen der Militärliga und der Marine ausgebrochen, die zu einem blutigen Zusammenstoß führen kann. Die wichtigsten Punkte Athens waren gestern besetzt, da man einen Angriff von seiten der Marine befürchtet. Typaldos ist nach Athen zurückgekehrt. Die Presse arbeitet unter militärischer Aufsicht.

H **Athen,** 16. Febr. Den Zeitungen ist nur unter der Bedingung das Erscheinen gestattet, daß Mitglieder der Militärliga in den Zeitungsbureaus ständigen Aufenthalt nehmen und sie überwachen. Die Marineoffiziere haben sich im Arsenal von Salamis versammelt und die Schiffe in einen kampfbereiten Zustand versetzt, um gegen den Piräus und Phaleron vorzugehen. Typaldos ist bereits nach Athen gekommen. Die Gesandten Rußlands, Englands, Frankreichs und Italiens begaben sich nach Phaleron, um mit den Kommandanten ihrer dort lagernden Kriegsschiffe Besprechungen zu halten.



188

Verantwortlicher Redakteur Fr. Meyer, Kamen.

Städt. par. Töchterschule zu Kamen.

Das neue Schuljahr beginnt Mittwoch den 13. April 1910, morgens 8 Uhr.

Die Aufnahmeprüfung

findet statt am **Dienstag den 12. April cr., morgens 9 Uhr.**

Die Anmeldungen neuer Schülerinnen bitte ich bis zum 1. April mündlich oder schriftlich besorgen zu wollen.

Sprechstunden: Montags, Mittwochs, Freitags und Sonnabends von 12—1 Uhr.

Zur Aufnahme-Prüfung ist mitzubringen: a) Geburtsurkunde. b) Impfschein. c) Das letze Schulzeugnis.

Kamen, den 15. Februar 1910.

Kiel, Rektor.

Bürger-Schützen-Verein Kamen

Eingetr. Verein.

Am Sonntag den 20. Februar cr., nachmittags 5 Uhr, findet im Schützenhofe (W. Reinhardt) die diesjährige

General-Versammlung

statt, zu der die Mitglieder des Vereins hiermit höfl. eingeladen werden.

Tages-Ordnung:

1. Jahresbericht.
2. Rechnungslage.
3. Wahl der Revisoren.
4. Ergänzungswahl des Vorstandes.
5. Vereinsangelegenheiten.

Der Vorstand.

Kaufhaus für Lebensmittel
Johanna Glaesser
Weststraße 21 Fernruf 114.
empfiehlt
feinste Blut-Apfelsinen
Dutz. 75 ₰,
Valencia-Apfelsinen
per Dutz. 40 u. 50 ₰.

Kaufhaus für Lebensmittel
Johanna Glaesser
Weststraße 21 Fernruf 114.
empfiehlt
Donnerstag eintreffend:
lebendfr. Nordsee-Schellfisch, Bratschellfisch, Schollen Stockfisch, schneeweiß,
ferner:
mar. Heringe, Rollmöpse, Bismarckheringe, Tomatenheringe, Bratheringe Sardinen, Aal in Gelee
Heringe in Gelee,
Makrelen,
sowie **verschiedene Marinaden** stets frisch in **besten Qualitäten.**

Kirchliche Nachrichten.

Evangelisch-lutherische Kirche.
Freitag den 18. Februar,
7¼ Uhr: Passions-Andacht.
Pastor Ewald.

Holz-Verkauf

Heil.

Mittwoch, d. 23. d. M., morgens 10 Uhr,
läßt Herr Middelschulte in Heil in seiner Heide, dicht an der Hamm-Osterfelder Bahn:

35 Haufen schönes Eichen-Durchforstungsholz, zu Drahtpfählen, Frechtungsstangen, Gerüsthebel und Brennholz, sowie 2000 schöne Bohnenstangen und 15 Haufen Börden

öffentlich meistbietend gegen Kredit verkaufen. 245

Heil.

Th. Brüggemann
Aukt.

Städt. Volksbibliothek

Am Kirchplatz.

Die Bibliothek ist während des Winterhalbjahres an folgenden Tagen geöffnet:

Sonntag von 11½—12½ Uhr.

Montag, Dienstag, Donnerstag, Freitag | von 6—8 Uhr abends

Der Ausschuß.

Warnung!

In meinem Garten habe ich **Gift gelegt.** 218

Wilh. Niehaus,
Kaiserau, Sekt. 7.



HANSA

Backpulver
bleibt unerreicht.
Nährmittel-Fabrik „Hansa" Hamburg.
Für 50 „Hansa"-Düten erhalten Sie eine Dose ff. Kakes gratis.

127

Da mein Sohn 8 Jahre an
Fallsucht,
Krämpfen u. Nervenleiden schwer gelitten, in kurzer Zeit so gesund geworden ist, daß er freiwillig als Soldat diente, so gebe aus Dankbarkeit unentgeltlich Auskunft, wie derselbe behandelt wurde. 10 Pfg. für Antwort beifügen. 226
Julius Henschel, Zechin b. Cüstrin.

151

Fabrikant: Adolf Krebs, Mannheim.

„Seit 3 Jahren litt ich an einem heftigen, häßlichen
Gesichts-ausschlag. 60
Schon nach 3täg. Gebrauch v. **Zucker's Patent-Medizinal-Seife** war der Erfolg augenfällig. Die Pickel trockneten ein u. es bildeten sich keine neuen mehr. Nach Verbrauch von 2 Stück war meine Haut vollständig rein. P. N. in Crefeld." a Stück 50 Pfg. (15%ig) u. 1.50 M. (35%ig, stärkste Form). Dazugehörige **Zuckooh-Creme** 75 Pf. u. 2 M., ferner **Zuckooh-Seife** (mild), 50 Pf. u. 1.50 M. Bei **Heinrich Jacobi, Germania-Drog., Carl Müller jun., Löwen-Drog. u. H. P. Thiel., Drog.; in Heeren: Ew. Thiel.**

Einladung.

Die Mitglieder der **Stadtverordneten-Versammlung** werden hierdurch zu einer Sitzung eingeladen, welche **am Samstag den 19. Februar cr., des nachmittags um 5 Uhr,** in dem Rathaussaale stattfindet.

Tages-Ordnung:

1. Abnahme der Eichamtskassenrechnung für 1909.
2. Erledigung der gezogenen Erinnerungen zu den städtischen Rechnungen für 1908.
3. Antrag des Desinfektors Vorwig auf Erhöhung seiner Remuneration.
4. Antrag der Gebr. Jakoby auf Niederschlagung von Gebühren zu den Wegebaulasten.
5. Mitteilung betr. Beschäftigung des Polizei-Sergeanten Schäfer.
6. Verlängerung der Kleinbahn Unna—Kamen—Bergkamen bis Werne.
7. Haushaltsplan des Realprogymnasiums für 1910.
8. Haushaltsplan der Schulverbandskasse für 1910.
9. Haushaltsplan der Stadtkasse für 1910.

Schulte-Oestrich & Hilgenstock Nachf.,

Inhaber: Peter Gross.
CAMEN, Nordenmauer 37
Baumaterialien-Handlung,
Steinhauerei,

Lager in:
Flur- u. Wandplatten, Ton- u. Zementröhren, Treppenstufen, Krippen, Spül- und Schleifsteinen, Zement, Gips, Schwemmsteinen, feuerfesten Steinen 2c.
Weiss- und Wasserkalk.
Ausführung von: **Marmor-, Terrazzo-, Zementbeton- u. Asphalt-Arbeiten** jeder Art.
Spezialität: **Grab-Denkmäler**
in Marmor, Syenit u. Sandstein. 167

Versicherung

gegen
Wasserleitungs-Schäden
übernimmt gegen mäßige Prämien und unter günstigen Bedingungen die
Aachener u. Münchener Feuer-Vers.-Ges.
Nähere Auskunft durch die
Agentur Fr. Meyer-Kamen, Westfstr. 54a.

Das beste Gewürz

für Milch- und Mehlspeisen, Saucen, Kakao und Tee ist
Dr. Oetker's Vanillinzucker.
Ein Päckchen entspricht 2—3 Schoten guter Vanille und kostet nur 10 Pf. (3 Stück 25 Pf.) Mischt man ½ Päckchen **Dr. Oetker's Vanillinzucker** mit 1 kg feinem Zucker und gibt hiervon 1 bis 2 Teelöffel voll auf eine Tasse Tee, so erhält man ein aromatisches, vollmundiges Getränk. 232

Viele Tausende

verdanken ihr ausgezeichnetes Wissen, ihre sichere, einträgliche Lebensstellung einzig dem Studium der weltbekannten **Selbstunterrichtswerke** Methode Rustin 6022
Der wissenschaftlich gebildete Mann, Der gebildete Kaufmann, Der Bankbeamte, Das Gymnasium, Das Realgymnasium, Die Oberrealschule, Das Abiturienten-Examen, Die höhere Mädchenschule, Die Handelsschule, Die Mittelschullehrerprüfung, Der Einjährig-Freiwillige, Der Präparand, Der Gerichtsschreiber, Der Militäranwärter. Glänzende Erfolge. Besondere Prospekte über jedes Werk und Anerkennungsschreiben gratis und franko. — Ansichtssendungen bereitwilligst. — Kleine Teilzahlungen.
Bonness & Hachfeld, Verlagsbuchhandlung, Potsdam. 34.

Vollständig von A—Z ist erschienen:

Meyers Grosses Konversations-Lexikon
Sechste, gänzlich neubearbeitete und vermehrte Auflage
16,800 Abbildungen, 1525 Tafeln und Karten
150,000 Artikel u. Verweisungen
Ein Nachschlagewerk des allgemeinen Wissens
20 Halblederbände zu je 10 Mk. oder 20 Prachtbände zu je 12 Mk.
Prospekte und Probehefte liefert jede Buchhandlung.
Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig und Wien

Westfälische Kreditanstalt Kamen

Kommandit-Gesellschaft auf Aktien
Bahnhofstr. 47. **Telefon 62.**

Eröffnung laufender Rechnungen mit und ohne Kreditgewährung.
Diskontierung und Einziehung von Wechseln, Kupons u. ausgelosten Wertpapieren.
Einlösung von Domizil-Wechseln.
An- und Verkauf fremder Geldsorten, Aufbewahrung, Verwaltung u. Beleihung von Wertpapieren, Ausstellung von Kreditbriefen.
Ausführung von Börsenaufträgen für sämtliche Börsen des In- und Auslandes.
An- und Verkauf von Kuxen, Obligationen und Aktien ohne Börsennotiz.
Provisionsfreier Check-Verkehr, Annahme von Spar-Einlagen.
Safes.
207

Ohlendorff's Peru-Guano

„Füllhornmarke"
ist neben Stallmist das **sicherst wirkende** und **vorteilhafteste** Düngemittel.
169

Ehren-Diplom Antwerpen 1885.
Goldene Medaille New-Orleans 1886.

Dr. Kochs' Fleisch-Pepton
in Blechdosen à 1 Ko., Porzellan-Töpfen à 100 und 225 Gr. in Tafeln-Etuis à 200 Gr., Pastillen-Schachteln à 40 Gr.

Dr. Kochs' Pepton-Bouillon
Specielle Zubereitung, um ohne weitere Ingredienzien, nur durch Zusatz von heissem oder kaltem Wasser sofort eine wohlschmeckende und nahrhafte Fleischbrühe herzustellen; in 1/1, 1/2 und 1/4 Flaschen.

Dr. Kochs' Pepton-Biscuit
nahrhaftes und leichtverdauliches Mehl-Biscuit mit Zusatz von 10% Pepton in 1 Pfund-Blechbüchsen.

Dr. Kochs' Fleisch-Pepton, ein neuer, durch seinen Gehalt an Eiweiss thatsächlich nahrhafter Fleisch-Extract ist das wirksamste aller bisher bekannten Mittel zur Ernährung und Kräftigung von **Kranken, Genesenden, Blutarmen** u. s. w. — bei seinem grossen Nährwerthe und kleinen Volumen vorzüglich für **Reisende, Touristen, Jäger** u. s. w. — und namentlich in Form der Pepton-Bouillon **in Küchen** und **Haushaltungen** ein vortheilhafter Ersatz für die bisher gebräuchlichen Fleisch-Extracte.

Käuflich in **Apotheken**, sowie allen besseren **Kolonial-, Delicatess-** und **Droguen-Geschäften.** Verkaufspreise auf den Packungen verzeichnet.

Königl. Maschinenbau- u. Hüttenschule in Duisburg.

Am **1. April 1910** werden neue Lehrkurse eröffnet:
1. **für Maschinenbau u. Elektrotechnik,** 2. **für Hüttenwesen, Giesserei und chem. Grossgewerbe.**
Schulgeld: Halbjährlich 30 Mk. h633
Aufnahmebedingung: 4 Jahre praktische Berufstätigkeit.
Programme werden kostenfrei zugesandt von der **Direktion.**

Industrie, Handel Verkehr

verdanken nicht zum wenigsten der Zeitungs-Annonce ihren grossen Aufschwung. Eine zielbewusste Reklame bringt nicht nur dem einzelnen Inserenten Erfolg, sie weckt auch neue Bedürfnisse und erschliesst neue Absatzmöglichkeiten. Die erfolgreiche Durchführung einer Zeitungs-Reklame erfordert eine genaue Kenntnis des gesamten Zeitungswesens und eine lange Erfahrung. Wer annoncieren und dabei unzweckmässige Ausgaben vermeiden will, wende sich an die
Annoncen-Expedition
Rudolf Mosse
KÖLN a. Rh.
Hohestrasse 94.

Einfach, Praktisch, Billig:
BRAUNS'sche Stoffarben
(millionenfach bewährt)
zum Ausfärben von allerlei
Kleidungsstücken
aus Wolle, Halbwolle, Seide etc.
Käuflich in den meisten Drogenhandlungen. Apotheken etc.
Ausdrücklich fordere man Päckchen mit der Bezeichnung „BRAUNS'sche Stoffarbe" und achte auf die Schutzmarke: **Schleife mit Krone.**
Selbstfärberei im Haushalt
Schutz-Marke
Anf. Fabrikate weise man zurück.

Ein Junge

von 16 bis 20 Jahren als **Fuhrknecht** gesucht. 244
Wo, sagt die Geschäftsstelle.

Aelteres
Mädchen
oder Frau ohne Anhang zur selbständigen Führung meines Haushalts (2 Personen) auf sofort oder später gesucht. 228
C. Kefenbaum,
Kamen, Schlachthof.

Einfaches
Mädchen,
welches melken kann, für kinderl. Haushalt zum 1. April gesucht. 229
Vorstellung Sonntag den 20. Februar nachmittags.
Kamen, Nordstr. 31 II.

Marktpreise.

Neuß, den 16. Febr. 1909.
Produktenbörse.

Weizen	100 Kilo	22,40	21,40
Roggen	„ „	16,20	15,20
Hafer	„ „	15,50	14,50
Gerste	„ „	14,50	—,—
Kartoffeln	50 „	3,00	2,70
Heu	„ „	5,00	4,50
Luzerne-Heu	„ „	5,50	—,—
Maschinenstroh	500 „	22,00	—,—
Flegeldrusch	„ „	24,00	—,—
Kleien	50 Kilo	6,20	—,—
Rüböl in Partien v. 100 Ztr.	100	59,00	—,—
do. faßweise	100 Kilo	61,00	—
gereinig. Oel	„ „	62,00	—,—
Rübkuchen	1000 Kilo	106,00	—,—
in klein. Part.	„	110,00	—,—
Raps		00,00	00,00

Druck u. Verlag von C. May in Hörde

Kamener Zeitung

Erscheint an jedem Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Insertions-Gebühr für die Zeile oder deren Raum 10 Pfennig, die Reklamezeile oder deren Raum 35 Pfennig.

Volksfreund für Kamen und Umgegend

Expedition von J. Brombach in Kamen

Bezugspreis mit der Unterhaltungsbeilage „Fürs Heim" monatlich 40 Pfennig. Bei Bezug durch die Post vierteljährlich 1 Mark 25 Pfennig.

Unterhaltungsbeilage „Fürs Heim" dreimal wöchentlich. — Freiwillige Unfall-Unterstützung.

Nr. 21. Donnerstag, den 17. Februar 1910. 38. Jahrgang.

Zweites Blatt.

Die ersten Beschlüsse der Wahlrechtskommission.

Die Wahlrechtskommission des Abgeordnetenhauses hat in ihrer ersten Sitzung am Dienstag den Antrag auf Einführung des gleichen Wahlrechts mit 15 gegen 11 Stimmen bei zufälliger Abwesenheit zweier nationalliberaler Mitglieder abgelehnt. Der Antrag auf geheime Stimmabgabe wurde, nachdem die Parteien kurz Stellung genommen und der Minister des Innern mit Entschiedenheit die von dem Ministerpräsidenten in dieser Beziehung im Plenum abgegebene Erklärung aufrechterhalten hatte, mit 15 gegen 13 Stimmen der Konservativen und Freikonservativen angenommen.

Zu Beginn der Sitzung wurde zunächst beschlossen, zwei Lesungen abzuhalten. Sodann wurde über den ersten Satz des freisinnigen Antrages zu § 4 verhandelt, der die Einführung des gleichen Wahlrechts verlangt. Im Zusammenhang damit wird zur Diskussion gestellt ein sozialdemokratischer Antrag, welcher lautet:

„Die Kommission wolle beschließen: das Haus lehnt die von der Regierung vorgelegte Wahlrechtsvorlage ab und fordert die Regierung auf, sofort eine neue Vorlage einzubringen, die 1. die Uebertragung des Reichstags-Wahlrechts auf Preußen, 2. eine Neueinteilung der Wahlkreise vorsieht."

Dieser Antrag wurde indessen bald zurückgezogen. Die nun einsetzende Diskussion über die Frage des gleichen Wahlrechts spielte sich hauptsächlich zwischen Rednern des Zentrums und der Sozialdemokratie ab. Der freisinnige Antrag auf

Einführung des gleichen Wahlrechts

wurde damit begründet, daß das plutokratische System des preußischen Wahlrechts immer stärker in die Erscheinung getreten sei, so daß sich ja die Vorlage selbst jetzt bemühe, gewisse Auswüchse zu beschneiden. Tatsächlich führten diese neuen Bestimmungen aber nur neue Ungerechtigkeiten herbei, da jeder Hervorhebung eines privilegierten Wählers aus dem Kreise der Gebildeten oder Beamten eine Herabdrückung zahlreicher anderer gegenüberstehe. Wolle man einmal die Tüchtigkeit als Kriterium eines größeren Wahlrechts hinstellen, so wäre ein vielleicht mit Ach und Krach gemachtes Examen der allerschlechteste Maßstab. Gewerbetreibende und Arbeiter würden auf das lebhafteste durch die Vorlage in ihren Rechten bedrückt. Der Gerechtigkeit entspreche allein das gleiche Wahlrecht. Seitens des Redners der Zentrumspartei wird die Erklärung abgegeben, daß diese einmütig für den freisinnigen Antrag stimmen werde. Der Redner gibt eine interessante Uebersicht über die Wahlsysteme in den verschiedenen Ländern, welche dem Protokoll angehängt werden soll. Gegen den freisinnigen Antrag spricht der Redner der Freikonservativen, der auf die im Plenum gegebene Begründung verweist. Der nationalliberale Redner lehnt den Antrag mit dem gleichen Hinweis ab. Bei der Entwickelung des preußischen Staatswesens sei es nicht richtig, das preußische Wahlrecht dem Reichstagswahlrecht gleichzugestalten. Auch der konservative Redner bekämpft den Antrag auf Einführung des gleichen Wahlrechts. Nachdem noch der Pole für den Antrag gesprochen, wurde der Antrag mit 15 gegen 11 Stimmen abgelehnt. Zufällig waren zwei nationalliberale Abgeordnete bei der Abstimmung nicht zugegen, welche nachher erklärten, daß sie im Falle ihrer Anwesenheit gleichfalls gegen den Antrag gestimmt haben würden.

Für den Antrag stimmten die Freisinnigen, das Zentrum, der Sozialdemokrat und der Pole. — Die Kommission trat hierauf in die Erörterung des zweiten Satzes des freisinnigen Antrages, welcher

die geheime Abstimmung

fordert. Einer der Antragsteller begründete ihn mit dem Hinweis auf den Druck, welcher von den verschiedensten Seiten bei der öffentlichen Wahl auf die abhängigen Elemente ausgeübt wird. Hunderttausende von Beamten und Millionen von Arbeitern ständen in einem solchen Abhängigkeitsverhältnis. Durch den Zusammenschluß der Sozialdemokratie und die Koalierung der Arbeiter sei dazu ein Druck von unten her gekommen, der sich insbesondere gegen Handwerker und abhängige Kaufleute sowie gegen Gastwirte richte. Nachdem die anderen Parteien kurz Stellung genommen und der Minister des Innern für die Oeffentlichkeit der Wahl eingetreten war, wurde der Antrag mit 15 gegen 13 konservative und freikonservative Stimmen angenommen. — Es trat sodann eine Mittagspause ein.

Am Nachmittag wurde zu § 3 ein Antrag des Zentrums, welcher die Grenze der Wählbarkeit vom 30. auf das 25. Lebensjahr herabsetzen will, mit 15 gegen 11 Stimmen abgelehnt. — Hierauf wurde der Vorschlag der Regierung erörtert, an Stelle der bisherigen indirekten Wahl

die direkte Wahl

zu setzen. Die Konservativen haben hierzu den Antrag eingebracht, daß die Abgeordneten, wie bisher, von Wahlmännern gewählt werden sollen. Der Redner der Konservativen lehnte es ab, an den Grundlagen des bisherigen Wahlrechts zu rütteln. Der Regierungsvertreter verteidigte die Vorschläge des Entwurfs mit dem Hinweis darauf, daß in der jetzigen Zeit die Wähler so weit herangebildet seien, daß sie der Bevormundung durch einen Wahlmann nicht mehr bedürfen. Ueberall gebe es Post und Telegraphie, überall würden Zeitungen gelesen, und in einer solchen Zeit sei es überflüssig, das Stimmrecht durch einen Beauftragten ausüben zu lassen. Ein freisinniger Redner verteidigte die direkte Wahl, ebenso der nationalliberale Redner, und ein konservativer Redner tritt abermals für die Wahl von Wahlmännern ein, weil der Arbeiter auf dem Lande denjenigen sehen wolle, den er wählt, worauf ein nationalliberaler Redner erwiderte, daß man dann erst recht für die direkte Wahl des Abgeordneten eintreten und den Abgeordneten veranlassen müsse, sich den Wählern direkt vorzustellen. Ein anderer konservativer Redner bestritt die Mündigkeit der Wählerschaft in der heutigen Zeit, während ein dritter konservativer Vertreter von der Einführung der direkten Wahl Vorteile für das Polentum in den Ostmarken bei den Wahlen befürchtete. Ein freikonservativer Abgeordneter führte Gründe für und gegen die direkte Wahl an und erklärte, daß er nicht in der Lage sei, zurzeit zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Einem Wunsche der Konservativen gemäß wurde über diese Frage vorerst nicht abgestimmt, da die Konservativen erklärten, daß der Weitergang der Beratung für sie erst die Entscheidung bringen werde, ob sie schließlich für die direkte oder indirekte Wahl stimmen können.

Abgeordnetenhaus.

Auf der Tagesordnung vom Montag stand die nationalliberale Interpellation wegen Maßregelung nationalliberaler Beamten in Posen. Der Minister des Innern erklärt sich zur sofortigen Beantwortung bereit.

Abg. **Dr. Friedberg** (natlb.):

begründet die Interpellation. Er schildert die zu Grunde liegenden Vorgänge und teilt mit, daß den Beamten, welche den Wahlaufruf für den nationalliberalen Reichstagskandidaten Czanikau unterschrieben hatten, vom Regierungspräsidenten und vom Oberpräsidenten bekannt gegeben worden sei, daß Beamte nicht dazu beitragen dürften, das Zusammengehen solcher Parteien gegenüber dem Polentum zu stören. Man erwartete die Beseitigung der nationalliberalen Kandidatur und drohte mit Unannehmlichkeiten. Mehrere Beamten seien gemaßregelt worden, der Regierungspräsident habe ganz offen konservative Propaganda betrieben. Wir verlangen eine Erklärung, ob die Regierung gegen die Nationalliberalen bewußt Front machen will. Das ist höchst unklug gegenüber einer Partei, die die nationalen Interessen im Osten ganz besonders vertritt. Wir erwarten von der Regierung eine unzweideutige Erklärung, damit die Spannung gelöst wird, die sich augenblicklich infolge des Vorgehens der Regierung in den Ostmarken geltend macht.

Minister des Innern v. Moltke:

Die Aufstellung einer nationalliberalen Sonderkandidatur gefährdete den deutschen Besitzstand, worauf der Oberpräsident die betreffenden Beamten hinwies. Aus der Zugehörigkeit zur nationalliberalen Partei sei den Beamten kein Vorwurf gemacht worden, es sei ihnen nur gesagt worden, daß sie durch ihr agitatorisches Verhalten das Deutschtum zersplitterten. Die Behauptung von der Maßregelung der Beamten sei aus der Luft gegriffen. Die Versetzung eines Gymnasialprofessors sei ein halbes Jahr später aus innerdienstlichen Gründen erfolgt, und ein Gymnasialdirektor sei anderthalb Jahr später auf seinen eigenen Wunsch in den Ruhestand getreten. Die Regierung denkt nicht daran, den Ausbau der nationalliberalen Partei in der Provinz Posen irgendwie zu hindern.

Eine Besprechung der Interpellation wird beschlossen. Abg. Rogalla v. Bieberstein (kons.) pflichtet dem Standpunkt des Ministers vollständig bei. Als Redner die Namen von Beamten verliest, welche einen nationalliberalen Wahlaufruf unterschrieben haben, ruft Abg. Liebknecht: Sie denunzieren! Redner erwidert: Das Denunzieren überlasse ich Ihrer Sippe. — Abg. Liebknecht erhält wegen seiner Aeußerung einen Ordnungsruf, worauf er bittet, auch den Redner wegen des Ausdrucks „Sippe" zur Ordnung zu rufen. — Abg. Rogalla v. Bieberstein nimmt den Ausdruck „Sippe" zurück und bedauert die agressive und ganz unangemessene Tonart des Abg. Friedberg. — Abg. Viereck (freik.): Das Vorgehen der Regierung richtete sich nicht gegen die nationalliberale Partei. Hoffentlich wirkt die heutige Aussprache wohltuend, damit in der Ostmark weiterhin Konservative und Nationalliberale zusammengehen können. Der Antisemitismus ist eine große Gefahr für die Ostmarken. Alle Deutschen in der Ostmark sollten treu zusammenstehen. (Beifall rechts.) — Abg. Aronsohn (frs. Vp.): Wir mißbilligen jede Maßregelung von Beamten. In Schneidemühl lagen aber die Verhältnisse ganz anders, als sie der Abg. Friedberg geschildert hat. Wir haben in der Provinz Posen kein einseitiges Parteiregiment. Die Polen haben nur immer einen Kandidaten. Wir Deutsche sollten genau so handeln. — Abg. Switala (Pole): Die Beamten sollen die Gesetze ausführen; sie zu Dienern der Politik der Regierung zu machen, ist gefährlich. — Abg. Dr. Bell (Zentr.): Wir stehen durchaus auf dem Standpunkt der Interpellanten. — Abg. Friedberg (natl.): Tatsache bleibt, daß den Beamten die politische Betätigung während der Wahl teils unterbunden wurde, teils ihnen Vorhaltungen gemacht worden sind. Wir werden stets für die politische Unabhängigkeit der Beamten eintreten. (Beifall links.) — Ein Schlußantrag wird angenommen. Persönlich bemerkt Abg. Dr. Müller-Berlin (frs. Vp.) gegenüber den Ausführungen des Abg. Aronsohn, daß seine Partei nach wie vor das politische Regiment auch in Posen als einseitiges junkerliches Parteiregiment betrachte. (Beifall links.) — Es folgt zweite Lesung des Etats der Zölle und indirekten Steuern, der nach kurzer unwesentlicher Debatte verabschiedet wird.

Aus aller Welt.

— **Ein trauriges Schicksal.** Vor einigen Jahren ging eine kleine Notiz durch die Presse, des Inhalts, daß in einer sächsischen Provinzialstadt ein alter Herr, der bereits 80 Jahre zähle, noch immer seinen Dienst auf dem Büro eines großen industriellen Werkes versehe und so zur Zeit der älteste Kontorist des deutschen Reichs überhaupt sei. Als einige Monate später dann doch sein körperlicher Zusammenbruch erfolgte und er die Feder für immer aus der Hand legen mußte, da hatte er 38 Jahre lang, pflichttreu wie wenige, und niemals eine Erhöhung seines sehr bescheidenen Gehalts begehrend, seiner Firma gedient, und bekam von dieser infolgedessen eine kleine monatliche Pension ausgesetzt, mit deren Hilfe ihn seine Tochter zu verpflegen vermochte. So wurde er nahezu 90 Jahre alt, aufrecht erhalten von der Zuversicht, daß er durch jene Pension bis zu seinem letzten Athemzuge wenigstens vor Not und Mangel geschützt sein werde. Aber da geschah jetzt das Entsetzliche, das von niemand für möglich gehaliene: Die Firma, deren Inhaber die ganze Stadt für den reichsten Mann des Ortes gehalten hatte, fallierte, und so erhielt denn der arme alte Mann jetzt den Bescheid, daß ihm die Pension, seine einzige Erwerbsquelle, nicht weiter gezahlt werden könne. Ist das in der Tat nicht furchtbar? Soll der arme, alte Mann, nachdem er über ein Menschenalter hindurch so treu gedient, seine Tage im Armenhause beschließen? Zu näherer Auskunft ist gern bereit: Dr. Lunze, Dresden, Johannesstr. 9.

— **23 000 Mark gestohlen.** Im Restaurant Rheingold in Berlin ist in der Nacht zum Montag die Tageseinnahme im Betrage von 23 000 Mark, die zur Bank gebracht werden sollte, auf bisher unaufgeklärte Weise aus dem Geldschrank verschwunden. Vor längerer Zeit erregte die Flucht eines jungen Angestellten desselben Restaurants unter Mitnahme der Tageskasse im Betrage von 27 000 Mk. großes Aufsehen.

*

Mit der ganzen Besatzung in den Grund gebohrt.

Der Kapitän des in Hamburg angekommenen englischen Dampfers „Greenland" teilt mit, daß er Montag früh bei Hakks Feuerschiff in der Nordsee bei Holland einen unbekannten Fischdampfer überrannt habe. Es herrschte dichter Nebel, so daß jede Sichtung ausgeschlossen war. Obwohl der „Greenland" langsame Fahrt hatte, war das Unglück nicht zu vermeiden, so plötzlich tauchte der Fischdampfer vor dem „Greenland" auf. Der Fischdampfer sank sofort. Es war dem Kapitän nicht möglich, festzustellen, wie der Fischdampfer heißt oder welcher Nationalität er angehört; ebensowenig war es möglich, Menschen zu retten, obwohl sich „Greenland" mehrere Stunden lang an der Unfallstelle aufhielt. Der dichte Nebel verhinderte jedes Rettungswerk. Es befanden sich ungefähr 12 bis 15 Personen an Bord.

*

— **Ein gefährlicher Eisenbahnräuber,** der im Berlin—Frankfurter D-Zuge eine Reisetasche stahl und auf dem Bahnhof in Halle a. S. festgenommen wurde, wurde als ein gewisser Homrighausen aus Hannover festgestellt. Er bezeichnete sich als Doktor der Philosophie. Es wurden bei ihm eine Unmenge gestohlener Sachen und Gepäckaufbewahrungsscheine verschiedener Eisenbahnstationen vorgefunden. Die Ehefrau des Verhafteten bekundete, daß sie auf den Strecken Hannover—Berlin und Halle—Leipzig viele Eisenbahndiebstähle begangen und daraus die Mittel zu flottem Leben gewonnen hätten. Ihr Mann sei niemals immatrikuliert gewesen. Das Doktordiplom habe er sich selbst angefertigt. Auf Grund dieser gefälschten Papiere hätten seinerzeit die Schwiegereltern die Heirat ihrer Tochter mit dem Verhafteten zugegeben, deren Mitgift von 20 000 Mark er mit Dirnen in München und Frankfurt verjubelt habe. Dann legte er sich auf Eisenbahnräubereien.

— **Geständnis** des Raubmörders von Boguslawice. Einer telegraphischen Meldung aus Pleschen zufolge soll der Mörder Koscinski, über dessen Verhaftung wir berichteten, jetzt gestanden haben, den achtfachen Raubmord in Boguslawice begangen zu haben. Er will den Mord allein in einer halben Stunde ausgeführt, sich dann die Sachen des Ermordeten angezogen und die blutbefleckten Uniformstücke im Getreideschober versteckt haben.

— **Ein zweiter Mansfelder Aufruhrprozeß** nahm vor dem Schwurgericht zu Halle seinen Anfang, nachdem in der letzten Woche bereits einige vor dem eigentlichen Hettstedter Krawall liegende Vorgänge abgeurteilt worden waren. Jetzt handelt es sich um eine Anklage wegen schweren Landfriedenbruches gegen zehn Personen und gegen zwei Personen wegen einfachen Landfriedensbruchs. Der zur Anklage stehende Vorgang ereignete sich am Gewerkschaftsbahnhof des Niewandschachtes. Dort erwartete eine nach Tausenden zählende Menge Streikender mit ihren Frauen und Kindern die Ankunft eines Zuges mit Arbeitswilligen. Trotzdem der Zug aus Gründen der Vorsicht schon vor dem Bahnhof hielt, kam es dennoch zu tumultuarischen Szenen. Die Streikenden nahmen die Arbeitswilligen in die Mitte, und sie sollen diese nach der Anklage verhöhnt, beschimpft und geschlagen haben. Die Gensdarmen, die den Arbeitswilligen zu Hilfe kamen, sollen tätlich angegriffen worden sein. Diese Vorgänge pflanzten sich bis auf den Hettstedter Marktplatz fort. Die Angeklagten bestreiten sämtlich, sich im Sinne der Anklage schuldig gemacht zu haben.

— **Meine Perlen!** Anläßlich eines Balles in Budapest zugunsten des Sanatoriums ereignete sich ein peinlicher Vorfall. Die Protektorin der Veranstaltung Erzherzogin Auguste wollte ihre Mantille ablegen. Plötzlich wurde sie bleich und rief „Meine Perlen!". Die Schnur ihres Perlenkolliers war gerissen und die kostbaren Perlen rollten auf das Parquet. Selbst Erzherzog Josef bückte sich und half die Perlen zusammenlesen. Der Perlenschmuck, der aus dem Nachlasse der Kaiserin Elisabeth stammt, deren Enkelin die Erzherzogin Auguste ist, ist von großer Schönheit und hat einen Wert von etwa 250 000 Kronen.

— **Neue Hochwasserschäden** in Frankreich. Bei Bourges en bresse brach unter dem Drucke des Hochwassers der Damm zwischen den Ortschaften Crottet und Chavannes, als gerade eine Anzahl Arbeiter mit Verstärkungsarbeiten an dem Damme beschäftigt waren. Die Wasser der Saone ergossen sich mit furchtbarer Gewalt durch die Bresche, und die Arbeiter hatten gerade noch Zeit, zu flüchten. Ihre Wohnungen und die Häuser des ganzen davorliegenden Tales wurden überflutet. Der Verkehr zwischen Trevon und Saint Trivies ist infolgedessen momentan unterbrochen.

— **Tödlicher Unfall** beim Bobschlittenfahren. Beim Wintersportfest in Krummhübel sind mehrere Bobs auf der vereisten Bahn umgestürzt. Einem Bobfahrer brach die Steuerung; das Eisenteil drang ihm in den Unterleib, er ist seinen Verletzungen erlegen. Ein anderer Bobfahrer erlitt zwei Rippenbrüche.

Der Reichstag

setzte am Dienstag die erste Beratung des Kaligesetzes fort. Es kamen noch einige Redner zu Worte, die jedoch wesentlich neue Gesichtspunkte nicht in Debatte brachten. Von Interesse waren lediglich die Ausführungen des Abgeordneten v. Dannenberg (Welfe), der genauere Angaben über das Vorgehen des vielgenannten Herrn Schmidtmann machte und dabei auch erklärte, daß Schmidtmann amerikanischer Staatsbürger sei. Dann wurde der weiteren Beratung durch einen Schlußantrag ein Ende gemacht und die Vorlage einer besonderen Kommission von achtundzwanzig Mitgliedern überwiesen. Darauf trat das Haus in die erste Lesung des Gesetzentwurfs über die

Regelung des Stellenvermittelungswesens

ein. Staatssekretär Delbrück führte aus, daß eine große Reihe von Umständen nach einer Organisation der Stellenvermittlung auf öffentlich rechtlicher Grundlage unter Leitung und Beaufsichtigung des Staates dränge. Die Vorlage beabsichtige den Betrieb von einer behördlichen Genehmigung abhängig zu machen, die nur bei nachgewiesener Zuverlässigkeit der Personen verweigert und bei einem nachgewiesenen Bedürfnis erteilt werden soll. Der Entwurf bestimme ferner, daß mit der Stellenvermittlung nicht andere Gewerbe, die diesem Zweck abträglich sind, verbunden sein dürfen, und gebe den Landeszentralbehörden die Möglichkeit, das Gewerbe zu reglementieren und zu beaufsichtigen. — Abg. Dr. Pfeiffer (Zentr.): Wir begrüßen den Entwurf als Fortschritt, haben aber im einzelnen viele Bedenken. Anzuerkennen ist, daß auch die Herausgeber von Vakanzenlisten und dergleichen in Zukunft als Stellenvermittler anzusehen sind. Das Verbot, neben der Stellenvermittlung ein anderes Geschäft zu betreiben, wird wohltätig wirken. Unser Ideal ist der gemeinnützige paritätische Arbeitsnachweis. — Abg. Dr. Wagner (Deutschkons.): Der Ausbeutung der Arbeitnehmer muß noch schärfer vorgebeugt werden. Im wesentlichen sind wir aber mit der Vorlage einverstanden. — Abg. Wölzl (Natlib.): Der Entwurf ist als eine Etappe auf dem Wege der völligen Ausschaltung der gewerbsmäßigen Stellenvermittlung zu begrüßen. Die gemeinnützigen Arbeitsnachweise sind zurzeit noch nicht überall so weit ausgebaut, daß sie an die Stelle der gewerbsmäßigen Stellenvermittlung treten könnten. — Abg. Manz (Frs. Vpt.): Ueber die Bedürfnisfrage müssen auch die Arbeitgeber und Arbeitnehmer gehört werden. Bedenken haben wir gegen die Befugnis der Landeszentralbehörde, feste Taxen zu bestimmen, sowie gegen die Befugnis der Behörden, Bestimmungen für die nichtgewerbsmäßigen Betriebe zu erlassen. Diese Kontrolle kann für politische Vereine und Gewerkschaften zur Bevormundung führen. Die Bestimmungen dürfen nicht so weit gehen, daß der Stand der Stellenvermittler einfach erdrosselt wird. — Abg. Brühne (Soz.): Nicht wenige Erwerbsgruppen verlangen überhaupt die Beseitigung der privaten Stellenvermittlung. Wir fürchten, daß die Bedürfnisfrage nach politischen Gründen entschieden werden kann. Die Befugnis der Behörde, auch die nichtgewerbsmäßigen Stellenvermittlungen zu reglementieren, scheint sich in erster Linie gegen die Gewerkschaften und deren Stellennachweise zu richten. — Nach weiterer unwesentlicher Debatte wurde die Vorlage einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen.

Der Marine-Etat in der Budgetkommission.

Die Freisinnigen beantragten Dienstag in der Budgetkommission eine Resolution, den Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstag für das kommende Etatsjahr eine Denkschrift über das Zulagewesen in der kaiserlichen Marine vorzulegen, und dem Reichstage Vorschläge über eine möglichst weitgehende Vereinfachung im Interesse größerer Sparsamkeit und übersichtlicherer Verwaltung zu machen. — Im Anschluß an diese Resolution wird eine Revision der Tafel- und Messegelder gewünscht. Von seiten eines Zentrumsabgeordneten wird ausgeführt, daß diese Gelder nichts anderes seien, als Reisediäten, zugeschnitten auf die Verhältnisse der Marine. 60 pCt. des Gehaltes würden als Zulagen bezahlt, das sei zu viel. Zu Lande gebe es keine Reisegelder, wenn man nicht reist; bei der Marine gebe es allerlei auch im Hafen. Der „König Wilhelm" in Mürvik werde nicht zu Hulk erklärt, die Folge sei der Bezug der Schiffszulagen. Blinde Tafel- und Messegelder dürften ebensowenig wie blinde Rationen für Generale bestehen. Die Verordnungen müßten geändert werden. — Einer der freisinnigen Antragsteller fügt hinzu, daß auf der „Nixe", die ein Bureauschiff sei, 126 000 Mark Tafel- und Messegelder gezahlt würden, denen nur etwa 6000 Mk. Gehaltskürzungen gegenüberstehen. Die Erhöhung der Messegelder jenseits gewisser geographischer Linien sei nicht mehr berechtigt. Eine Dienstreise Cuxhaven—Brunsbüttel werde als Reise über Hamburg liquidiert, während eine Fahrt über die Elbe genüge.

Staatssekretär v. Tirpitz erklärt sich mit der Resolution einverstanden, aber man solle die Denkschrift abwarten und jetzt nichts ändern. Ob das Prinzip der Tafelgelder geändert werden könne, lasse sich nicht sofort übersehen. — Schatzsekretär Wermuth empfiehlt gleichfalls, jetzt keine Abstriche zu machen. — Nach längerer Debatte bringt das Zentrum einen Antrag ein, der eine Neuregelung im Laufe dieses Jahres fordert. Die Freisinnigen ziehen ihre Resolution zurück und beantragen, die Mehrforderung von rund 270 000 Mark zu streichen. Der Abstrich wird mit Stimmengleichheit genehmigt. (Die Fragestellung lautete auf Aufrechterhaltung der Forderung.) Die Resolution des Zentrums wird mit geringer Mehrheit angenommen.

Eine Kundgebung des Hansabundes zur Wahlreform.

Der Hansabund erläßt folgende Kundgebung: Die Vorlage der Staatsregierung verstößt in wesentlichen Punkten gegen die Interessen von Gewerbe, Handel und Industrie, obwohl diese mehr als zwei Drittel der Staatslasten tragen. Der Hansabund fordert, durch Einteilung der Wahlbezirke, die bisher in erster Linie für die landwirtschaftlichen Interessen zugeschnitten war, und zwar in völlig gleichem Umfange, auch den kaufmännischen und gewerblichen Interessen Rechnung zu tragen. Erforderlichenfalls ist die Zahl der Abgeordneten zu vermehren. Die neugeschaffenen Sitze sind denjenigen Wahlkreisen zuzuweisen, in denen Handel, Gewerbe und Industrie besonders hervortreten. Die in den §§ 8, 9 und 10 des Entwurfs geschaffene einseitige und willkürliche Unterscheidung der Wähler widerspricht den modernen wirtschaftlichen Anschauungen. Im Gegensatz zu den Bestimmungen des Entwurfes sind auch die gewerblichen, industriellen und kaufmännischen Kreise unabhängig von der Steuerleistung zu berücksichtigen. Dieses hat sich vor allem auf Mitglieder von Handels-, Handwerker-, und Gewerbekammern, auf selbständige Handwerker, die die Meisterprüfung bestanden haben, und auf Angestellte, die eine höhere oder mittlere Handelsschule oder technische Schule besucht haben, zu erstrecken. In der Frage der Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf den preußischen Landtag und der öffentlichen oder geheimen Abstimmung hält der Hansabund, bei aller Geschlossenheit in wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Fragen, an dem Grundsatze der völligen Freiheit seiner Mitglieder in politischer bezw. parteipolitischer Anschauung fest. Da auch in den Kreisen der bürgerlichen Parteien volle Uebereinstimmung in diesen Fragen nicht besteht, so konnte eine solche naturgemäß auch vom Hansabund nicht festgestellt werden.

Deutschland.

— **(Anträge zur Wahlrechtsvorlage.)** Ein nationalliberaler Antrag, der die Drittelung nicht im Stimmbezirk, sondern im Wahlbezirk stattfinden lassen will. Für den Fall der Ablehnung soll der Satz eingefügt werden: „In Gemeinden mit mehr als 3500 Einwohnern erfolgt die Einteilung der Wähler einheitlich in der ganzen Gemeinde." Ein weiterer nationalliberaler Antrag, dem § 7 hinzuzufügen: „Die erste Abteilung muß mindestens ein Zehntel, die zweite mindestens zwei Zehntel der Wähler enthalten. Wo diese Zahlen nach Maßgabe der Steuerbeträge nicht erreicht sind, werden zur Ergänzung Wähler aus der nächstfolgenden Abteilung nach der Reihenfolge der zur Anrechnung gelangenden Steuerleistungen berufen. Die Nationalliberalen beantragen ferner, daß die Zeit von zehn Jahren, die nach der Vorlage einer staatlichen Prüfung zurückliegen muß, wenn der Wähler in die höhere Klasse gelangen soll, aufgehoben wird. Ferner sollen die Bestimmungen, welche sich mit der Versetzung der einzelnen Wählerkategorien in die nächsthöhere Klasse befassen, folgende Fassung erhalten: „1. Einem staatlichen oder kommunalen oder einem öffentlich rechtlichen beruflichen Vertretungskörper als gewählte Mitglieder angehören oder angehört haben, oder 2. mehr als 12 Jahre einen und denselben Beruf selbständig ausgeübt haben oder 3. mehr als 12 Jahre in einem und demselben privaten Dienstverhältnis oder im öffentlichen Dienst gestanden haben."

— **(Eine Verurteilung der preußischen Regierungspolitik.)** Der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Landgerichtsdirektor Heinze bedauerte in einer in Dresden gehaltenen Rede, daß die preußische Regierung sich an den Fortschritten der Sozialdemokratie mitschuldig mache, indem sie die Gelegenheit versäumt habe, den bürgerlichen Parteien Ziele zu setzen, denen diese in gemeinsamer Arbeit zustreben könnten. Die preußische Wahlreform sei diese Gelegenheit nicht. Diese Reform sei auch von den Angelegenheiten des Reiches nicht zu trennen, und werde bei den nächsten Reichstagswahlen die Stimmabgabe von Hunderttausenden von Wählern bestimmen.

— **Der Herzog von Meiningen** gegen die Steuerpflicht des Domänenfiskus. Sämtliche bürgerliche Abgeordnete des Landtags des Herzogtums Sachsen-Meiningen haben den Herzog in einer Eingabe ersucht, aus freien Stücken in die Besteuerung seines Domäneneinkommens zu willigen. Nach der „Dorf-Zeitung" hat der Herzog erklärt, daß er nicht gewillt sei, von dem seinerzeit mit dem Landtage geschlossenen Vertrage zurückzutreten. Dieser Vertrag, der dem herzoglichen Domäneneinkommen die Steuerfreiheit sichert, stammt aus dem Jahre 1871.

— **Zur Beschlagnahme** russischer Guthaben teilt der Vertreter des Herrn Hellfeld, Justizrat Michaelis, zur Richtigstellung der Petersburger amtlichen Veröffentlichung folgendes mit: Am 15. Dezember 1909 war das Bankhaus Mendelssohn u. Co. durch mich von der bevorstehenden Pfändung eines Guthabens des Fiskus des russischen Reiches gemäß § 845 CPO. benachrichtigt. Die Zustellung des gerichtlichen Pfändungsüberweisungsbeschlusses vom 15. Dezember ist am 16. Dezember erfolgt. Ueber die internen Verhandlungen und Korrespondenzen zwischen dem Bankhause der russischen Regierung und der russischen Botschaft hier ist mir nichts bekannt. Diese internen Beziehungen sind auch auf die Sachlage ohne Einfluß. Am 30. Dezember 1909 gab mir das Bankhaus Mendelssohn u. Co. pflichtmäßig zur Beantwortung der drei in § 840 CPO. vorgeschriebenen Fragen wörtlich folgende Erklärung ab: „Ein Guthaben des Kriegsministeriums besteht nicht, wohl aber ein Guthaben des Finanzministeriums in der angegebenen Höhe. Wir werden nicht zahlen. Wir halten die Pfändung des Guthabens fremder Staaten für unzulässig." Am 30. Dezember 1909 hat das Bankhaus Mendelssohn beim Amtsgericht Berlin Mitte sowohl eine Erinnerung wie eine Beschwerde gegen den Pfändungsbeschluß vom 15. Dezember 1909 eingereicht. Soweit die heute veröffentlichte Darstellung hiervon abweicht, ist sie unrichtig. Aus der amtlichen Veröffentlichung könnte der Schluß gezogen werden, die Beschlagnahme des Guthabens sei aufgehoben. Diese Ansicht ist aber unrichtig: die Beschlagnahme besteht nach wie vor.

— **Zum Oberpräsidenten** der Provinz Brandenburg ist an Stelle des in den Ruhestand tretenden Wirklichen Geheimen Rats von Loebell der Unterstaatssekretär im Ministerium für Landwirtschaft usw., der Wirkliche Geheime Rat von Conrad ernannt worden.

— **(Die Reichstagsersatzwahl in Mühlheim-Wipperfürth.)** Bei der Reichstagsersatzwahl im Wahlkreise Mühlheim-Wipperfürth-Gummersbach erhielten Stimmen: Rechtsanwalt Falk (national.lib.) 8461, Oberlandesgerichtsrat Marx (Zentrum) 20 367, Schriftsteller Erdmann (Soz.) 10 927 und Pfarrer Hoemann (christlich-sozial) 1124 Stimmen; zersplittert waren 32 Stimmen. Es findet Stichwahl zwischen Marx und Erdmann statt. — (Bei der letzten Reichstagswahl im Jahre 1907 wurden abgegeben: 11 218 nationalliberale, 19 958 Zentrums-, 8538 sozialdemokratische und 42 polnische Stimmen.)

— **(Serbische Bestellungen in Deutschland.)** Wie die „Köln. Zeitung" meldet, schloß die serbische Regierung mit der Rheinischen Metallwaren- und Maschinenfabrik die Herstellung von 80 000 Schrapnells und die Adoptierung alter Geschütze im Gesamtwerte von vier Millionen ab, ferner wurde die Lieferung von 150 Maschinengewehren und 32 000 Mausergewehren nach Deutschland vergeben. Für zehn Millionen wird für Eisenbahnmaterial der deutschen Industrie der Vorzug zugestanden, sobald die Unterbringung der neuen serbischen Anleihe in Deutschland wie in Frankreich gesichert erscheint.

— **(Soldatenmißhandlung.)** Wegen fortgesetzter schwerer Mißhandlung eines Rekruten hat das Kriegsgericht der ersten Division in München den 19jährigen Fähnrich Flügel vom 2. Infanterie-Regiment „Kronprinz" zu fünf Monaten Festung verurteilt. Von einer Degradation des Verurteilten wurde nur mit Rücksicht auf die Jugend abgesehen.

Ausland.

Frankreich.

— **(Der Gesundheitszustand der französischen Armee.)** Bei der weiteren Beratung des Budgets des Kriegsministeriums erklärte der Unterstaatssekretär Sarraut zu einem Antrage, der eine Vermehrung der Zahl der Militärärzte forderte, daß sich ein Gesetzentwurf darüber in Vorbereitung befinde. Es sei zuzugeben, daß die Krankheits- und Sterblichkeitsziffern in der französischen Armee ungünstiger seien als in der deutschen, aber man müsse dabei den Unterschied der Geburtsziffern und des damit zusammenhängenden Verhältnisses der Ausgehobenen zu der Gesamtzahl im Auge behalten. Außerdem beruhe die Krankheits- und Sterblichkeitsstatistik der beiden Länder nicht auf derselben Grundlage. In Deutschland seien manche Krankheiten aus der Armee verschwunden, die in Frankreich noch vorkämen, aber ihre Fortdauer sei nicht immer der Kaserne zur Last zu legen, sondern manchmal auch den Zivilbehörden. Der Antrag wurde schließlich angenommen.

England.

— **(Prinz und Prinzessin Heinrich in England.)** Prinz und Prinzessin Heinrich von Preußen sind nach einer guten Ueberfahrt Dienstag um 6 Uhr abends in Queensborough und um 7¼ Uhr in London eingetroffen. Am Bahnhofe waren der Prinz und die Prinzessin von Wales, der Prinz Alexander von Battenberg, der deutsche Botschafter Graf Wolff-Metternich und das Personal der Botschaft zur Begrüßung erschienen.

Russland.

— **(Eine Monarchenentrevue.)** Der Besuch des türkischen Sultans am russischen Hofe soll, nach Meldung Petersburger Blätter, im Mai in Petersburg erfolgen.

— **(Etwas Alltägliches.)** Aus Kiew wird gemeldet, daß zur Erlangung der Konzession für den Betrieb der Straßenbahn 300 000 M. Bestechungsgelder verwandt worden sind, die hauptsächlich den Zeitungen zu gute gekommen sein sollen.

Westfalen u. Rheinland.

** **Hattingen,** 16. Febr. **(Gestorben.)** Im hiesigen evangelischen Krankenhause starb der Polizeisergeant Gerlach aus Sprockhövel an den Folgen jener Verletzung, die ihm bei dem Zusammenstoß mit Einbrechern am Bredenscheider Bahnhof zugefügt worden war. Dem Schützen Engelbert Hermann scheint die Flucht über die Grenze gelungen zu sein; er befindet sich im Besitze der 500 Mk., die bei dem Einbruch in Sprockhövel erbeutet worden sind.

(?) **Bochum,** 16. Febr. **(In furchtbarer Lage.)** Auf der Herner Straße wollte der Arbeiter Gustav Pitzel aus Herne unmittelbar vor einem in Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen die Gleise überschreiten, als er stolperte, zu Boden fiel und unter die Räder geriet. Der zu Tode erschrockene Führer des Motorwagens hatte nicht mehr zeitig genug diesen zum Stehen bringen können. Um den Verunglückten aus seiner qualvollen Lage befreien zu können, mußte der ganze Wagen in die Höhe gehoben werden; da dies mit Hülfe der Fahrgäste und Passanten nicht gelang, wurde rasch die Feuerwehr alarmiert; ehe sie jedoch erschien, war schon ein zwanzig Mann starkes Aufgebot von Polizeibeamten herbeigeeilt, die den Wagen frei emporhoben, worauf man den Verunglückten bergen konnte. Die mit der Feuerwehr erschienene Sanitätsmannschaft führte ihn im städtischen Krankenwagen nach dem katholischen Krankenhaus.

(?) **Herne,** 16. Febr. **(Von Gesteinsmassen erschlagen.)** Auf der Zeche „Recklinghausen" wollte der Bergmann Spieckermann neues Holz setzen, als plötzlich die Hölzer der Verzimmerung unter dem Druck der dahinter liegenden Gesteinsmassen zusammenbrachen. Spieckermann wurde verschüttet und konnte nach vierstündiger angestrengter Bergungsarbeit nur als Leiche unter den Trümmern hervorgeholt werden.

(?) **Gelsenkirchen,** 16. Febr. **(Mädchenhändler?)** Im Stadtteil Ueckendorf wurde ein angeblich aus Bremen stammender Reisender festgenommen, der hier sechs Mädchen unter verdächtigen Umständen als Kellnerinnen angeworben hatte. Man vermutet, daß man es mit einem Mädchenhändler zu tun hat. Die Mädchen, die sich schon zur Abreise gerüstet hatten, konnten von der Kriminalpolizei rechtzeitig gewarnt werden.

** **Duisburg,** 16. Febr. **(Messerheld verurteilt.)** Bei der Heimkehr von einem Tanzvergnügen versetzte der 21jährige Schlosser Wilhelm Brüggemann aus Bruckhausen bei einem Streite dem Arbeiter Schäfer mehrere gefährliche Messerstiche. Er wurde deshalb von der hiesigen Strafkammer zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

** **Düsseldorf,** 16. Febr. **Von der Strafkammer** in Duisburg war die Ehefrau des Schlossers Wilhelm Haferkamp in Huckingen wegen fahrlässigen Falscheides zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Das Reichsgericht hatte im Revisionsverfahren dieses Erkenntnis aufgehoben und die Sache zur nochmaligen Verhandlung dem Düsseldorfer Landgericht überwiesen. Die hiesige Strafkammer ist nunmehr zur Freisprechung der Angeklagten gelangt, indem das Gericht annahm, daß die Frau den in Betracht kommenden Eid in gutem Glauben geleistet habe.

** **Kleve,** 16. Febr. **(Ueberfahren.)** Der 28jährige Fuhrunternehmer Rosen geriet infolge Scheuwerdens des Pferdes unter seinen Wagen und wurde so schwer verletzt, daß er alsbald starb.

** **Saarbrücken,** 16. Febr. **Zu einem Zusammenstoß mit tödlichem Ausgange** kam es, wie schon kurz gemeldet, hier in einer der letzten Nächte zwischen einem Schutzmann und einer Rotte junger Burschen, die johlend und schreiend nächtliche Ruhestörung verübte. Als der Schutzmann die Burschen zur Ruhe verwies, fielen diese gemeinschaftlich über ihn her, rissen ihn zu Boden und mißhandelten ihn durch Faustschläge ins Gesicht. Der Beamte war der Uebermacht der rohen Patrone gegenüber machtlos. Man zerriß ihm die Uniform und entwand ihm den Säbel. Als gar einer der Burschen die Aufforderung an die anderen richtete, mit dem Messer dem Schutzmann zu Leibe zu gehen, machte dieser in der höchsten Gefahr von seiner Browningpistole Gebrauch. Die Worte des Schutzmanns: „Lassen Sie mich los oder ich schieße!" machten keinen Eindruck auf die Ruhestörer, erst als der Beamte zwei Schüsse abfeuerte, suchten sie das Weite. Durch einen Schuß wurde ein 20 Jahre alter Hüttenarbeiter direkt ins Gesicht getroffen. Die Verletzung war so schwer, daß kurze Zeit darauf der Tod eintrat. Den Beamten trifft keine Schuld. Noch in der Nacht wurden fünf der Burschen verhaftet.

Aus aller Welt.

— **Leutnant von Holthoff über seine Alpenfahrt.** Der Ballon „Berlin" ist, wie gemeldet, südöstlich von Mailand niedergegangen. Bauern halfen eifrig bei der Verpackung des Ballons, der auf einem Wagen nach Mailand gebracht wurde. Der Führer des Ballons, Leutnant von Holthoff, machte interessante Mitteilungen über die Fahrt. Der Reisezweck wurde durch Windstille unmöglich gemacht. Die Fahrt ging anfangs mit einer Geschwindigkeit von 60 Kilometern in der Stunde über die Berninagruppe. Der Ausblick war wunderbar. Um 4 Uhr nachmittags erreichte der Ballon eine Höhe von 4000 Metern über dem Talder Adda, wo Windstille eintrat. Zwei Stunden blieben sie auf dem gleichen Fleck. Die Temperatur betrug 36 Grad unter Null. Während der Nacht ging die Fahrt langsam südwärts; um 7 Uhr früh war der „Berlin" über Bergamo, um 9 Uhr über Monza, wo die Weiterfahrt angesichts der Windstille aufgegeben wurde. Der Ballon erhob sich noch einmal bis zu einer Höhe von 6000 Metern bei 18 Grad Kälte, streifte dann Mailand und landete glücklich bei Melegnano.

— **Eindringen eines Geistesgestörten in das Stuttgarter Schloß.** Montag nacht um 1 Uhr wollte ein Mann, der mit einem großen Dolchmesser bewaffnet war, in das Königliche Palais eindringen. Er war vom Militärposten beobachtet worden, wurde festgenommen und der Polizei übergeben. Es handelt sich um einen 53jährigen Schlosser, der sich schon mehrfach im Irrenhause befunden hat.

— **Selbstmord aus Nahrungssorgen.** Das früher vermögende Kaufmannsehepaar Frehring in Kiel versuchte sich aus Nahrungssorgen durch Leuchtgas zu vergiften. Die Nachbarn nahmen den Gasgeruch wahr und ließen das Zimmer gewaltsam öffnen. Die sofort angestellten Wiederbelebungsversuche hatten aber nur bei dem Mann Erfolg. Die Frau war bereits verschieden.

— **Eine Spielhölle aufgehoben.** Auf eine anonyme Anzeige hin hob die Budapester Polizei eine in einem Hause der Aggteleckigasse 2 in einem vornehm möblierten Zimmer etablierte Spielhölle auf. Der Besitzer Samuel Weiß wurde verhaftet. Am Roulettetisch waren beim Eintreffen der Polizei gerade 20 Spieler tätig.

— **Glück im Unglück.** Während ein Teil der Heimatflotte in der Nähe von Portland manövrierte, entlud sich zufällig ein Geschütz auf dem Schlachtschiff „Bulwark", und das Projektil traf den Schornstein des Kreuzers „Natal". Obwohl das Deck des letzteren voll von Mannschaften war, wurde doch niemand verletzt.

— **Liebesabenteuer einer Lady.** Auf Malorca, der größten der Balearineninseln, verhaftete ein Detektiv den Mann, mit dem Miß Louvina Knollys ihre Flucht aus London angetreten hatte. Die junge Dame bleibt bei ihrem Bruder in Palma.

— **Von Meuterern überfallen.** Aus Schanghai wird gemeldet, daß vier reisende Engländer in die Hände von meuternden chinesischen Soldaten fielen und von diesen mißhandelt wurden. Es gelang den Engländern, von Suchau, wo sich der Vorfall abspielte, zu entfliehen.